

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse

des Gemeinderates

vom 15.12.2022

Sitzung: Öffentlich

Beginn: 17:30 Uhr

Ende: 21:17 Uhr

Zahl der Mitglieder des Gemeinderats: 26

Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich als Vorsitzender
Erster Bürgermeister Janocha

und 25 Gemeinderatsmitglieder

Anwesend:

StR Bauer
StR Degler
StR Demir
StR Dobler
StR Dyken
StR'in Eusebi
StR Franke
StR Gül
StR Härtner
StR Häußler
StR Hettich
StR Dr. Ketterer
StR'in Kirschbaum (ab § 128)
StR'in Klinghoffer
StR'in Konrad
StR'in Kutteroff
StR Lachenmaier
StR'in Lohrmann
StR Malcher

StR'in Ribbeck
StR Rupp
StR Dr. Schweizer
StR'in Sturm
StR'in Täpsi-Kleinpeter
StR'in Dr. Ulfert

Abwesend:

StR Scheib

Außerdem anwesend:

Herr Baudezernent Setzer
Frau Blumer
Herr Großmann
Herr Gauger
Herr Kaltenleitner
Herr Mäule
Herr Ellrott
Herr Stier
Herr Thomaier
Herr Kleibner
Frau Wüllenweber
Herr Zipf
Herr Nathan (bis § 131)
Frau Groß

Anwesende Teilortsanwälte:

Michael Haan, Germannsweiler (zu § 127)
Andreas Zink, Mittelschöntal (zu § 127)
Hermann Wahl, Oberschöntal (zu § 127)
Hans Löffler, Sachsenweiler (zu § 127)
Thomas Schwaderer, Stiftsgrundhof
(zu § 127)
Ulrich Braun, Ungeheuerhof (zu § 127)
Michael Trefz, Unterschöntal (zu § 127)

Zur Beurkundung

**Oberbürgermeister
Friedrich:**

Für den Gemeinderat:

Schriftführer:

Tagesordnung

- § 127 Neubestellung der Anwälte für die Teilorte Germannsweiler, Mittelschöntal, Unterschöntal, Oberschöntal, Sachsenweiler, Stiftsgrundhof und Ungeheuerhof
- § 128 Beratung der haushaltsrelevanten Anträge und Beschlussfassung des Haushaltsplans/-satzung 2023
- § 129 Verabschiedung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2023, des Finanzplans mit Investitionsprogramm 2022 – 2026 der Stadt Backnang, sowie der Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Backnang und des Eigenbetriebs Baulandentwicklung
- § 130 Beratung der im Rahmen der Haushaltsanträge gestellten Anträge
- § 131 Neugliederung der Dezernats- und Verwaltungsstruktur der Stadtverwaltung Backnang
- § 132 Beschlussfassung der Parkgebührensatzung der Stadt Backnang
- § 133 Sprachförderung für Kitas mit einem hohen Anteil von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte
- § 134 Annahme von Zuwendungen
- § 135 Neubau Stadtbrücke – Vergabe der bahnspezifischen Leistungen
Zustimmung zu einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in 2022
Zustimmung zu einer überplanmäßigen Auszahlung für das Haushaltsjahr 2023
- § 136 Anträge der Fraktionen/Stadträte
- § 137 Bekanntgaben
- § 138 Anfragen

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 15. Dezember 2022 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 24 Stadträte; Normalzahl 26
--	---

§ 127

Neubestellung der Anwälte für die Teilorte Germannsweiler, Mittelschöntal, Unterschöntal, Oberschöntal, Sachsenweiler, Stiftsgrundhof und Ungeheuerhof

Der Vorsitzende stellt den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage vor:

Die Anwälte der Teilorte Germannsweiler, Mittelschöntal, Unterschöntal, Oberschöntal, Sachsenweiler, Stiftsgrundhof und Ungeheuerhof sind neu zu bestellen.

Mit Bekanntmachung vom 25. November 2022 in der Backnanger Kreiszeitung wurden Bürgerinnen und Bürger gebeten, sich bei Interesse zur Übernahme des Amtes mit der Stadtverwaltung in Verbindung zu setzen.

Folgende Bürger sind weiterhin bereit, das Amt des Teilortsanwalts für fünf Jahre - vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2027 - zu übernehmen, weitere Bewerbungen sind nicht eingegangen:

- | | | | |
|----|----------------|-------------------|---------------------|
| 1. | Germannsweiler | Michael Haan | Züricher Straße 1 |
| 2. | Mittelschöntal | Andreas Zink | Kniebisstraße 16 |
| 3. | Oberschöntal | Hermann Wahl | Konstanzer Straße 2 |
| 4. | Sachsenweiler | Hans Löffler | Ostendstraße 30 |
| 5. | Stiftsgrundhof | Thomas Schwaderer | Stiftsgrundhof 15 |
| 6. | Ungeheuerhof | Ulrich Braun | Ungeheuerhof 25 |
| 7. | Unterschöntal | Michael Trefz | Calwer Straße 12 |

Der Gemeinderat

beschließt

einstimmig:

Die Herren Michael Haan aus Germannsweiler, Andreas Zink aus Mittelschöntal, Hermann Wahl aus Oberschöntal, Hans Löffler aus Sachsenweiler, Thomas Schwaderer vom Stiftsgrundhof, Ulrich Braun vom Ungeheuerhof, Michael Trefz aus Unterschöntal werden erneut für fünf Jahre - vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2027 - zu Anwälten ihres Teilortes bestellt.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 15. Dezember 2022 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 25 Stadträte; Normalzahl 26
--	---

§ 128

Beratung der haushaltsrelevanten Anträge und Beschlussfassung des Haushaltsplans/-satzung 2023

Der Vorsitzende führt aus:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadträte,

wir biegen heute auf die Zielgerade der diesjährigen Haushaltsberatungen für das Jahr 2023 ein, die uns seit September in den Gremien beschäftigen. Sie haben in der vergangenen Gemeinderatssitzung vom 1. Dezember als Fraktionen Stellung zum Haushaltsplan genommen, den wir am 3. November hier eingebracht haben.

Ich danke Ihnen für Ihr Engagement, Ihre Rückmeldung und die zahlreichen Anträge, die Sie gestellt haben. Das zeugt davon, wie sehr Ihnen an der Zukunft unserer Stadt gelegen ist. Und daran wollen wir auch gemeinsam weiterarbeiten.

Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass Gemeinderat und Stadtverwaltung über weite Strecken so gut und konstruktiv zusammenarbeiten. Bei den Weichenstellungen und Großprojekten herrschte hier im vergangenen Jahr großer Konsens – darum bin ich Ihnen allen sehr dankbar. Umso verwunderter war ich bei manchen Äußerungen in den Haushaltsreden. Dabei wurde rückblickend Kritik an Investitionen geäußert, die bei Ihrer Beratung im Gemeinderat noch mitgetragen und konsensual beschlossen wurden. Die inhaltliche Debatte, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das Ringen um die bestmögliche Lösung, gehören hier ins Gremium. Deshalb bitte ich darum, die eigenen Ideen in der jeweiligen Beratung direkt anzubringen und sich nicht rhetorisch im Nachgang aus der gemeinsamen Verantwortung zu verabschieden. Nur dann können Alternativen auch geprüft und berücksichtigt werden. Und bei aller Unterschiedlichkeit in der Sachdebatte sollte dabei nie das faire und respektvolle Miteinander zu kurz kommen. Dies war und ist für mich seit jeher Richtschnur des eigenen kommunalpolitischen Handelns.

Werten Damen und Herren Stadträte,

wir haben Ihre Rückmeldungen sehr ernst genommen und werden im Folgenden auch alle haushaltsrelevanten Anträge behandeln, ehe wir über den Haushalt für das Jahr 2023 entscheiden. Daneben werden wir einen Großteil der nicht haushaltsrelevanten Anträge soweit möglich bereits heute beantworten oder entsprechend in die jeweiligen Gremien verweisen.

Insgesamt blicken wir auf einen Haushaltsplan 2023, der die Weichen für die Zukunft der Stadt Backnang stellt. Darum danke ich an dieser Stelle Ihnen allen für das konstruktive Miteinander, Ihre investierte Zeit, Ihr großes Engagement und ebenso für die viele Mühe, welche insbesondere in der Stadtkämmerei in die Erarbeitung dieses Werkes gesteckt wurde.

Herzlichen Dank!“

Stadträtin Kirschbaum tritt während der Ausführungen ein.

Erster Bürgermeister Janocha führt ebenfalls in den Sachverhalt ein.

Antrag AN/273/19 der CDU-Fraktion

Herr Zipf verliest den Antrag:

„Wir beantragen für die dringend notwendige Erhaltung von Gehwegen und Straßen, statt 280.000 Euro 500.000 Euro einzustellen, die Gegenfinanzierung soll über die Deckungsreserve erfolgen.“

Er führt anschließend aus:

„Dem Antrag wird entsprochen. Mit den zusätzlichen Mitteln von 220.000 € werden entsprechende Unterhaltungsmaßnahmen vorgezogen und umgesetzt. Die Finanzierung erfolgt aus der Deckungsreserve.“

Stadträtin Dr. Ulfert zeigt sich damit einverstanden und teilt mit, dass der Antrag hiermit erledigt ist.

Antrag AN/285/19 der CDU-Fraktion

Herr Zipf verliest den Antrag:

„Wir beantragen die Errichtung eines wetterschützenden Wartebereiches am ZOB für das Jahr 2023.“

Anschließend führt er aus:

„Ein Wartehäuschen kann im kommenden Jahr errichtet werden. Die Finanzierung wird über die Deckungsreserve sichergestellt.“

Stadträtin Dr. Ulfert teilt mit, dass dies bei vielen Personen auf Anklang finden würde. Der Antrag sei hiermit erledigt.

Antrag AN/292/19 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Wir möchten, dass Windenergie auch in der Backnanger Bucht Einzug hält und der Gewinn der Windkraftanlagen der Backnanger Bürgerschaft zur Verfügung steht. Darum fordern wir eine städtische Einlage bei den Stadtwerken von 5 Millionen Euro und beantragen dies für den Haushalt 2023.“

Herr Steffen von den Stadtwerken führt aus:

„Die SwBK beabsichtigt sich bei einer Realisierung des Windparks Zollstock-Springstein zu beteiligen. Dabei ist auch die Einbindung der Bürger-Energiegenossenschaft sinnvoll.“

Bei der beabsichtigten Beteiligung der SwBK ist eine Kapitaleinlage der Stadt grundsätzlich möglich. Über eine Kapitaleinlage sollte jedoch erst entschieden werden, wenn:

- die Standortfrage endgültig geklärt ist,
 - feststeht, ob sich die SwBK beteiligen kann
 - und die Mitgesellschafterin bereit ist eine entsprechende Kapitaleinlage zu leisten.
- Die Angelegenheit sollte zunächst im Aufsichtsrat der SWBK beraten werden.“

Stadtrat Härtner zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden und teilt mit, dass der Antrag weiterhin aufrecht erhalten bleiben soll.

Antrag AN/296/19 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Um die Sicherheit und den Fahrkomfort der Fahrradfahrer*innen in Backnang stetig zu verbessern bittet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um Aufstockung der Haushaltsmittel auf 150.000 Euro.“

Herr Zipf führt anschließend aus:

„Dem Antrag wird entsprochen. Die Finanzierung ist über Ermächtigungsüberträge aus 2022 sichergestellt.“

Stadtrat Härtner bedankt sich und teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Antrag AN/318/19 der SPD-Fraktion

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Der Fuß- und Radweg von der Maubacher Straße auf Höhe der B 14 bis zum Ortseingang Maubach (Kitzbüheler Straße) wird nutzerfreundlich saniert.“

Herr Kaltenleitner führt aus:

„Die Sanierung der schadhaften Stellen wird in das Straßenunterhaltungsprogramm 2023 mit aufgenommen. Gefahrenstellen werden nach Prüfung vor Ort umgehend behoben.“

Stadtrat Franke möchte wissen, was unter „aufnehmen“ gemeint sei.

Herr Kaltenleitner teilt mit, dass man sich die Schadstellen anschauen werde und diese dann in einem einheitlichen Bild ausbessern werde.

Stadträtin Sturm merkt an, dass Radwege barrierefrei sein sollen.

Herr Kaltenleitner teilt mit, dass man dies ebenfalls aufnehmen werde.

Stadtrat Franke teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Antrag AN/322/19 der Backnanger Demokraten – Stadtrat Dyken

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Wir wünschen uns weitere Kapitalerhöhungen für die städtische Wohnbau, damit diese weiteren geförderten Wohnraum errichten bzw. erwerben kann.“

Herr Zipf führt aus:

„Die städtische Wohnbau Backnang plant im kommenden Jahr die Errichtung eines Gebäudes in der Mühlstraße mit 8 Wohnungen. Darüber hinaus ist die Schaffung weiterer preisgebundener Wohnungen an einem anderen Standort geplant. Für die Maßnahmen sind in 2024 und 2026 Kapitalerhöhung von 600 T€ bzw. 1200 T€ vorgesehen. Weitere

Kapitalerhöhungen werden bei Bedarf im Gemeinderat behandelt.“

Stadtrat Dyken möchte wissen, ob die Städtische Wohnbau auch weitere Objekte ankaufen könne, um weitere Kapitalerhöhungen zu gewinnen.

Herr Zipf teilt mit, dass dies denkbar sei, wenn die Gebäude dafür geeignet seien. Man würde dann wieder auf das Gremium zukommen.

Stadtrat Dyken zeigt sich damit einverstanden und teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 15. Dezember 2022 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 25 Stadträte; Normalzahl 26
--	---

§ 129

Verabschiedung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2023, des Finanzplans mit Investitionsprogramm 2022 – 2026 der Stadt Backnang, sowie der Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Backnang und des Eigenbetriebs Baulandentwicklung

Der Vorsitzende stellt den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage vor und schlägt vor über den Sachverhalten mit den entsprechenden Ausführungen der Anträge im Tagesordnungspunkt § 128 abzustimmen:

Siehe Anlagen 1, 2 und 3.

Stadtrat Franke verweist auf einen bestehenden Antrag der SPD-Fraktion zur Verbesserung bestimmter Fußwege im Bereich Koppenberg und möchte wissen, ob diese in den Antrag in Tagesordnungspunkt § 128 inkludiert seien.

Baudezernent Setzer berichtet, dass diese Wege derzeit verkehrssicher seien und man prüfen könne, ob das gesamte Gebiet als Sanierungsprojekt aufgenommen werden könne.

Stadtrat Franke erkundigt sich, ob man die Treppen und Wege so lange noch in diesem Zustand belassen könne.

Baudezernent Setzer antwortet, dass man den Weg im Rahmen der Verkehrssicherung nochmals prüfen könne und bei Bedarf entsprechend agieren könne.

Stadtrat Franke zeigt sich einverstanden. Er bittet darum, den Antrag zeitnah zu bearbeiten.

Stadtrat Härtner erkundigt sich nach der Beschaffenheit eines Weges Richtung Schöntaler Höhe und der Christian-Schmückle-Staffel.

Baudezernent Setzer merkt an, dass zusätzlich eingestellten Mittel nicht ausreichen werden, um alle Maßnahmen decken zu können. Man werde dies ausarbeiten und eine

Priorisierung der Wege vorschlagen.

Stadträtin Dr. Ulfert begrüßt den Vorschlag alle Staffeln zu überprüfen. Maßnahmen, welche die Verkehrssicherheit beeinträchtigen, müssen zuerst behandelt werden.

Der Gemeinderat

beschließt

mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen:

1. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2023 und Finanzplan mit Investitionsprogramm 2022 – 2026 der Stadt Backnang

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2023 sowie der Finanzplan mit Investitionsprogramm 2022 – 2026 der Stadt Backnang werden entsprechend dem von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsplanentwurf beschlossen. Der Wortlaut der Haushaltssatzung ergibt sich aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage.

2. Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Backnang

Der Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Backnang sowie der Finanzplan mit Investitionsprogramm 2022 – 2026 wird entsprechend des als Anlage 2 zu dieser Vorlage beigefügten Festsetzungsbeschlusses beschlossen.

3. Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebs Baulandentwicklung Backnang

Der Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebs Baulandentwicklung Backnang sowie der Finanzplan mit Investitionsprogramm 2022 – 2026 wird entsprechend des als Anlage 3 zu dieser Vorlage beigefügten Festsetzungsbeschlusses beschlossen.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 15. Dezember 2022 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 25 Stadträte; Normalzahl 26
--	---

§ 130

Beratung der im Rahmen der Haushaltsanträge gestellten Anträge

Antrag AN/275/19 der CDU-Fraktion

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Wir beantragen die Einrichtung eines Abholterminals beim Bürgeramt zu prüfen, so dass beispielsweise die Beantragung neuer Ausweise mit nur einem Präsenztermin erledigt werden kann.“

Erster Bürgermeister Janocha führt aus:

„Im Foyer des Verwaltungsgebäudes im Biegel ist vor dem Bürgerservice Stadtmitte seit 02.10.2018 ein sogenanntes Selbstbedienungsterminal im Einsatz, an dem Bilder für Personalausweis und Pass digital erstellt werden können. Von der Einrichtung eines Abholterminals wurde bislang aufgrund der schwierigen Praktikabilität infolge derer andere Städte bereits wiedereingestellt haben, abgesehen. Das Abholterminal eignet sich ausschließlich für Reisepässe, wobei der seitherige Reisepass bei der Beantragung abzugeben ist. Bis zur Erstellung und Abholung verfügen die Antragsteller in dieser Zwischenzeit über keinen Reisepass. Die Übermittlung eines Reisepasses durch die Bundesdruckerei an die Stadt kann in Spitzenzeiten bis zu fünf Wochen dauern. Dies führt zu Unzulänglichkeiten. Die Bundesdruckerei prüft deswegen mit Einführung ab dem Jahr 2025 die Zusendung und/oder die Zuführung von Personalausweis und Reisepass. Auch aufgrund der Barrierefreiheit dieser Möglichkeit, wird vom Rechts- und Ordnungsamt diese zukunftsfähige Lösung angestrebt. Im Haushalt sind jedoch Finanzmittel für die Einrichtung eines Express- und Abholschalters vorgesehen.“

Stadträtin Dr. Ulfert zeigt sich mit der Handhabung einverstanden und teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Antrag AN/279/19 der CDU-Fraktion

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Wir beantragen vorsorglich, dass der Grundsteuerhebesatz der Grundsteuer-Neuordnung so angepasst wird, dass sich die Grundsteuereinnahmen insgesamt nicht erhöhen und somit in Backgang ertragsneutral erhoben werden.“

Erster Bürgermeister Janocha führt aus:

„Es wird nach derzeitigem Stand beabsichtigt die Grundsteuerreform aufkommensneutral also ohne die Erhöhung der Grundsteuererträge insgesamt umzusetzen. Letztlich muss jedoch die Hebesatzfestlegung von der Finanzlage 2025 abhängig gemacht werden, so dass aus heutiger Sicht keine verbindliche Aussage hierzu gemacht werden kann. Unabhängig davon ist jedoch zu erwarten, dass es durch die Reform zu gewissen Verschiebungen auf Seiten der Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer kommen wird. Tendenziell sollen Ein- bis Zweifamilienhäuser künftig stärker besteuert werden als Mehrfamilienhäuser, unbebauten Grundstücke sollen deutlich teurer werden.“

Stadträtin Kutteroff teilt mit, dass erst ab 2025 mit dem entsprechenden Hebesatz gerechnet werden solle.

Stadträtin Dr. Ulfert merkt an, dass man für dieses Thema sensibilisieren wolle. Man müsse den Bürgern teils die Sorgen hierzu nehmen. Sie zeigt sich mit der Handhabung einverstanden und teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Antrag AN/286/19 der CDU-Fraktion

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Wir beantragen die Bürgerinformationen in allen Bereichen zu stärken, insbesondere auch fremdsprachig und in Einfacher Sprache sowie in verschiedenen Formaten.“

Herr Mäule führt aus:

„Bereits teilweise umgesetzt und soll auch weiter ausgebaut werden.“

Stadträtin Dr. Ulfert teilt mit, dass der Antrag für den Moment erledigt sei.

Stadtrat Härtner möchte wissen, wie viele Personen als Dolmetscher zur Verfügung stehen.

Frau Blumer antwortet, dass dies auf die Art der benötigten Übersetzung ankomme. In entsprechenden Verfahren wendet man sich gegen Entgelt an vereidigte Dolmetscher. Die Sprachbegleitung selbst erfolgt ehrenamtlich.

Frau Wüllenweber ergänzt, dass über 100 ehrenamtliche Sprachbegleiter im Einsatz seien. Diese erhalten pro Einsatz eine Aufwandsentschädigung.

Antrag AN/281/19 der CDU-Fraktion

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Wir beantragen Aktionen zur Verbesserung des regelkonformen und sicheren Miteinanders der verschiedenen Verkehrsteilnehmer.“

Frau Blumer führt aus:

„Im Rahmen der Förderung durch die Radkultur ist beim Stadtplanungsamt ein sogenannter RadGeber in der Bearbeitung. Eine Handreichung vorwiegend an Radfahrer über regelkonformes und sicheres Fahren als Empfehlung für den Alltag des Fahrradfahrers, mit wichtigen Zusatzinformationen für die Stadt Backnang. Verkehrserziehung gibt es in den Kindertagesstätten und in den Schulen. Bei den erwachsenen Verkehrsteilnehmern geht die Information letztlich in die Ahndung über. Zum Auffrischen der Kenntnisse können bei den örtlichen Fahrschulen Kurse gebucht werden.“

Stadträtin Dr. Ulfert bittet darum, an diesem Thema weiter zu arbeiten. Dies betreffe alle Verkehrsteilnehmer.

Stadtrat Malcher teilt mit, dass dies auch bereits in der Schule stattfinden könne und berichtet von früheren Erfahrungen.

Frau Blumer berichtet, dass es bestimmte Aktionen in Schulen gebe. Auch für Senioren gebe es bestimmte Kurse.

Der Vorsitzende berichtet von Überlegungen, dass ein Verkehrsübungsplatz im Rems-Murr-Kreis denkbar sei.

Stadtrat Hettich verweist auf einen Antrag der CDU-Fraktion zum Landesprogramm „Mover aktiv“ und möchte wissen, ob dieser hiermit auch beantwortet werde.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man hierzu gesondert in einem ATU berichten würde.

Herr Großmann berichtet, dass man bereits in Kontakt mit der Beratungsstelle von Movers sei. Man werde hierzu in einem ATU darüber berichten.

Stadträtin Dr. Ulfert teilt mit, dass der AN/281/19 erledigt sei und der Antrag zum Programm „Movers aktiv“ sich in Bearbeitung befinde und daher aufrechterhalten werden soll.

Antrag AN/293/19 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Die Backnanger Bürger*innen sind der Schlüssel zur Demokratie und sollten möglichst transparent in Entscheidungsprozesse auch außerhalb der Wahlen miteinbezogen werden. Daher fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Stadtverwaltung dazu auf, Formate für Bürger*innen-Befragungen zu entwickeln, welche die Bürgerschaft bei Haushaltsrelevanten Entscheidungen, sowie Entscheidungen die Haushaltsmittel von über 3 Millionen Euro beanspruchen und von grundsätzlicher Bedeutung für die Stadt sind miteinzubeziehen.“

Der Vorsitzende und Baudezernent Setzer führen aus:

„Bürgerbeteiligungsverfahren (sog. „Bürgerdialoge“) werden bereits bei vielen Großprojekten der Stadt durchgeführt, zuletzt im Rahmen der IBA'27. Die Durchführung hängt maßgeblich von der Relevanz des Vorhabens für die Bürgerschaft ab und nicht von einer vorab festgelegten Projektkostengrenze.“

Stadtrat Härtner teilt mit, dass man über die entsprechenden Bereiche im Gremium entscheiden könne. Er verweist auf die Thematik bei den Bädern oder der Karl-Euerle-Halle, bei welcher die Bürger nicht einbezogen wurden. Seiner Meinung nach, sei hier ein zu geringer Bürgerdialog erfolgt. Derart große Maßnahmen sollen mit einem entsprechenden Verfahren bearbeitet werden.

Baudezernent Setzer teilt mit, dass man eine Schul- und Vereinssporthalle baue, welche allen Sporttreibenden dienen solle.

Erster Bürgermeister Janocha teilt mit, dass man beim Thema Bäder entsprechende Bürgerveranstaltungen gehalten habe.

Stadtrat Härtner merkt an, dass bei derart riesigen Maßnahmen eine Abstimmung erfolgen solle.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man bei derart großen Maßnahmen auch jeweils Anträge der Fraktionen gestellt werden können, um eine Bürgerbeteiligung zu initiieren. Eine

pauschale Handhabung empfehle er nicht.

Stadtrat Härtner teilt mit, dass dies eine Option darstelle für größere Maßnahmen. Die Summe von 3 Mio. € könne man an dieser Stelle rausnehmen. Er verweise auf den Bahnhof. Hier solle zwingend eine entsprechende Beteiligung stattfinden.

Stadtrat Dobler teilt mit, dass eine derartige Beteiligung in bestimmten Fällen Sinn machen könne. Bei der Sporthalle kenne er niemanden, der dagegen sei.

Stadträtin Dr. Ulfert teilt mit, dass das Anliegen nachvollziehbar sei. Die genannten Beispiele seien an dieser Stelle jedoch schwierig, da diese für beide Seiten ausgelegt werden könne. Man sei als Stadträte dafür gewählt, um über derartige Maßnahmen zu diskutieren. Im Gremium gebe es dann eine Vernunft-Entscheidung. Im Einzelfall könne sie sich dies vorstellen, aber nicht ab einem gesetzten Betrag.

Stadträtin Lohrmann teilt mit, dass es von Seiten der Stadt Infoveranstaltungen gebe. Außerdem können Bürger auch an den Sitzungen teilnehmen und sich informieren. Man mache es sich als Stadtrat bei viele Entscheidungen nicht einfach. Der Bürger entscheidet sich meist dafür, was für ihn selbst besser ist und nicht für die gesamte Stadt.

Stadtrat Härtner teilt mit, dass der Antrag zurückgestellt werde. Man werde dann, bei derartigen Maßnahmen, wie vorgeschlagen, entsprechende Einzel-Anträge stellen.

Stadtrat Degler regt an, eine Online-Übertragung der Sitzungen für mehr Bürgerbeteiligung umzusetzen.

Antrag AN/294/19 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Der Bahnhof ist die Pforte in die große Kreisstadt Backnang. Wir wünschen uns einen umfangreichen Dialog mit der Bürgerschaft. Durch diesen Dialog soll aus den vorliegenden Vorschlägen der Beste für Backnang herausgearbeitet werden. Wir bitten um die Aufnahme dieses Dialogs in das Investitionsprogramm ab 2026.“

Baudezernent Setzer führt aus:

„Die Stadtverwaltung beabsichtigt, im Jahr 2023 die Planungen für die Neugestaltung der Mobilitätsdrehscheibe auf der Grundlage des Wettbewerbssiegers fortzuführen. Sobald ein entsprechender Planungsstand erreicht ist, wird die Stadtverwaltung dem Gemeinderat ein Vorschlag für einen geeigneten Bürgerdialogprozess unterbreiten.“

Stadtrat Härtner teilt mit, dass er die Planungen als unschön empfinde. Die Bürger müssen hier einbezogen werden, da diese sich an ein neues Bild des Bahnhofs gewöhnen müssen. Er zeigt sich mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden und teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Antrag AN/295/19 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet die Stadtverwaltung die 40er Zone auf dem Innenstadtring zu Gunsten des Verkehrsflusses und des Umweltschutzes zu erweitern. Beispiele für Erweiterung wären: Aspacher Straße, Stuttgarter Straße, Weissacher Straße und Gartenstraße.“

Erster Bürgermeister Janocha führt aus:

„Die Fortführung der 40 km/h-Abschnitte und auch von 30 km/h-Abschnitten ist angestrebt. Die verkehrssicherheitsrelevanten Bereiche werden laufend fortgeschrieben, und dort wo begründbar, umgesetzt. Bezüglich der Streckenabschnitte Aspacher Straße, Stuttgarter Straße, Weissacher Straße und Gartenstraße, sowie darüber hinaus in den Stadtteilen, findet derzeit die Prüfung innerhalb der Lärmaktionsplanung statt. Der Lärmaktionsplan (LAP) wird öffentlich ausgelegt, nach Zustimmung des Gemeinderates, den zuständigen Behörden vorgelegt. Hinsichtlich der Anordnung von Geschwindigkeitsreduzierungen, ist eine erhebliche Lärminderung, die infolge der Geschwindigkeitsreduzierung zu erlangen ist, nachzuweisen und mit einer entsprechenden Ermessensabwägung der höheren Verkehrsbehörde des Regierungspräsidiums Stuttgart, zu Erteilung des Einvernehmens vorzulegen. Der Entwurf des LAP wurde jüngst dem Ausschuss für Technik und Umwelt vorgelegt.“

Stadtrat Härtner zeigt sich damit einverstanden und teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Antrag AN/297/19 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Der zunehmende motorisierte Individualverkehr sorgt in Backnang, in den Stoßzeiten, regelmäßig für ein Verkehrschaos. Die Stadtentwicklung und kommende Wohngebiete werden diese Situation weiter fördern. Die Marktstraße wird oft als Abkürzungsstrecke benutzt. Wir fordern hier eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 20 km/h.“

Erster Bürgermeister Janocha führt aus:

„Die Fortführung des verkehrsberuhigten Geschäftsbereichs über die Gerberstraße, Eduard-Breuninger-Straße ist vorgesehen und wird nach Ausbau der sogenannten Engelkreuzung realisiert. Die Planung wird im Ausschuss für Technik und Umwelt rechtzeitig vorgelegt.“

Stadtrat Malcher nennt weitere Standorte bei denen eine Prüfung stattfinden solle.

Der Vorsitzende bittet, dass er dies per Mail nennen solle, um es im Verkehrsausschuss zu besprechen.

Stadtrat Dr. Ketterer schlägt eine Anpassung der Geschwindigkeiten im Stadtgebiet vor.

Stadtrat Franke teilt mit, dass man dies an einer gesonderten Sitzung diskutieren solle.

Stadtrat Härtner teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Antrag AN/299/19 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Backnang ist die Metropole des Schwäbisch-Fränkischen Waldes. Mit dem Stromberg-Murratal Radweg ist Backnang an die Oberrheinische Tiefebene angebunden. Diese touristische Attraktion muss weiterentwickelt werden. Wir bitten hier um ein Konzept, wie Backnang noch mehr von diesem Radweg profitieren kann.“

Herr Ellrott führt aus:

„Aufnahme in das städtische Marketingkonzeptes der Stadt, Vorstellung VFA.“

Stadtrat Härtner zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden und merkt an, dass man den Antrag aufrechterhalten möchte, um zu schauen, was weiter passiert.

Antrag AN/300/19 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Der Klimawandel wird immer bedrohlicher. Die Bäume genießen unseren besonderen Schutz. Schädlinge können sich dann besonders vermehren, wenn die Pflanzen geschwächt sind. Das war dieses Jahr in der Grabenstraße gut zu beobachten. Unsere Bäume brauchen dort Hilfe. Die Stadt prüft das Anbringen von Bewässerungssäcken und stellt das Ergebnis dem Gremium vor.“

Herr Kaltenleitner führt aus:

„Gießkonzept wird situativ entwickelt. Größere Stadtbäume werden bei langanhaltender Trockenheit zusätzlich mit einer Wassermenge von ca. 500l bewässert. Das Anbringen von Bewässerungssäcken mit einem Volumen von 75 Liter wird im kommenden Jahr an jungen Stadtbäumen getestet. Das Ergebnis wird vorgestellt. (Gießwasser, nicht Trinkwasser).“

Stadtrat Härtner teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Antrag AN/303/19 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Die stetige Vermüllung der Stadt Backnang nimmt zu. Wir möchten einige Problemstellen benennen: das Parkhaus am Bahnhof, die Fußstege am Bahnhof und die Christian-Schmückle-Staffel. Wir bitten um die Erstellung einer Offensive der Stadt. In diese Offensive müssen Schulen, Vereine und andere öffentliche Einrichtungen einbezogen werden.“

Frau Blumer und Frau Wüllenweber führen aus:

„Die Stadtverwaltung arbeitet täglich an einer Verbesserung der Sauberkeit der Stadt. Der dem Gemeinderat in der öffentlichen Sitzung vom 23.03.2017 vorgestellte 10-Punkte-Katalog für Maßnahmen der sauberen Stadt wurde umgesetzt und wird gelebt. Das Personal der Stadtreinigung wurde erhöht, der Transporter ist beschafft und im Einsatz. Zusätzliche Abfallbehältnisse wurden in erheblichem Umfang installiert. Bei den Standorten für Glas- und Papiercontainer wurden die Reinigungsintervalle verkürzt. Die Erweiterung der Standorte für Depotcontainer befindet sich in der Prüfung und wird dem Gemeinderat vorgelegt. Die Verstöße von Klein- und Großmüllsündern werden konsequent verfolgt. Das ehrenamtliche Engagement und die Patenschaften sowie die Sensibilisierung und die Projektarbeit an Kindertagesstätten und Schulen ist bereits Bestandteil der täglichen Arbeit (*siehe Anlage 014/18 GR). Es bedarf somit keiner neuen Offensive, sondern der Fortführung und Intensivierung der bisherigen Offensive.“

Stadtrat Härtner weist darauf hin, dass die Natur vermehrt als illegale Mülldeponie verwendet werde. Man müsse verschärft danach recherchieren, wer für diese Vermüllung zuständig sei. Er regt außerdem die Anbringung von Pfandringen an Mülleimern an.

Der Vorsitzende teilt mit, dass diese teilweise bereits angebracht wurden und auch weiter ausgebaut werden.

Frau Blumer erläutert, dass man für die größeren Müllablagerungen nicht zuständig sei. Man erstatte in diesem Bereich jedoch viele Anzeigen. Der Vollzugsdienst prüft in großem

Maße, ob die entsprechenden Personen anhand des Mülls ausfindet gemacht werden können.

Frau Wüllenweber schlägt vor, in einer der kommenden Sitzungen einen ausführlichen Bericht zu liefern.

Stadtrat Härtner zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden. Der Antrag sei erledigt.

Antrag AN/304/19 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Die kostenlose Bereitstellung von Menstruations- und Hygieneartikeln für Schüler*innen in den Schulen ist eine logische Bereitstellung von Sanitärartikeln neben Toilettenpapier und Handtüchern. Gleichzeitig ist es ein Zeichen für die Endtabuisierung des Themas Menstruation, das besonders an den Schulen seine Wirkung entfalten kann. Oftmals fragen Schüler*innen in ihrem Dilemma die Lehrkräfte nach Menstruationsartikeln. Diese Scham möchten wir ihnen ersparen und für Notfälle entsprechende Artikel zur Verfügung stellen. Für die Belegschaft sollen dem entsprechend in den Sanitärräumen der Verwaltung Menstruationsartikel bereitgestellt werden.“

Frau Wüllenweber führt aus:

„Die Stadtverwaltung kann den Vorschlag, in den Verwaltungsgebäuden und in den Schulen in städtischer Trägerschaft kostenlos Menstruationsartikel zur Verfügung zu stellen nachvollziehen. Es wird in Zusammenarbeit mit den Schulen und unter Einbeziehung von städtischen Bediensteten ein pragmatisches Umsetzungskonzept erarbeitet, das insbesondere fragwürdiges und in der Öffentlichkeit heftig diskutiertes Bereitstellen dieser Hygieneartikel in Herrentoiletten etc. vermeidet. Welches die richtigen Standorte sind, wird mit den jeweils vor Ort Verantwortlichen abgestimmt. Die Kosten sollen über das laufende Budget gedeckt werden, da die Nachfrage als sehr überschaubar vermutet wird. Sollte sich ein erhöhter Bedarf zeigen, wird dieser zukünftig eingeplant.“

Stadtrat Degler befürchtet, dass mit den Artikel Unfug betrieben werde. Er regt einen kleinen Unkostenbeitrag an.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man dies entsprechend beachten werde und die Standorte daher sorgsam aussuchen werde. Man werde eine Lösung finden, um dies nur für den Bedarf auszuhändigen. Man verweist dies in die Schulen vor Ort.

Stadtrat Härtner teilt mit, dass der Antrag hiermit erledigt sei.

Antrag AN/307/19 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet die Stadt um Errichtung einer Apfelannahmestelle für Äpfel und Finanzielle Förderung von Bio-Äpfeln.“

Baudezernent Setzer führt aus:

„Die Einrichtung einer Annahmestelle für Äpfel sowie die finanzielle Förderung von Bio-Äpfeln ist nicht Aufgabe der öffentlichen Hand und würde zudem gegen das Beihilferecht verstoßen. Im Rahmen des Schwäbischen Mostviertel e.V. organisiert sich derzeit eine Interessengemeinschaft aus privaten Streuobstwiesenbesitzern mit dem Ziel, durch die mengenmäßige Bündelung von Obst höhere Preise zu erzielen. Dies wird gemeinsam mit den vorhandenen privaten Obstannahmestellen erfolgen. Zur Förderung des Anbaus von Bioobst hat das Schwäbische Mostviertel in der Vergangenheit mehrere Erzeuger bei der Biozertifizierung unterstützt und wird dies bei Bedarf weiterhin tun. Im Rahmen der jährlichen Berichterstattung über die Arbeit des Schwäbischen Mostviertel e.V. im Gemeinderat erfolgt eine Darstellung aller relevanter Aktivitäten.“

Stadtrat Härtner erkundigt sich nach konkreten Annahmestellen.

Baudezernent Setzer nennt verschiedene Annahmestellen. Das Schwäbische Mostviertel hilft hier gerne auch weiter.

Stadtrat Hettich ist der Meinung, dass dadurch nicht mehr Äpfel angenommen werden.

Stadtrat Härtner zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden und merkt an, dass der Antrag erledigt sei.

Antrag AN/313/19 der SPD-Fraktion

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Die Verbindungsstaffel vom Kreisel Sulzbacher Brücke zum Hagenbach (Koppenberg) wird verkehrssicher und fußgängerfreundlich saniert.“

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Sachverhalt in Tagesordnungspunkt § 129 bereits angesprochen wurde und führt nochmals aus:

„Aktuell sind Treppenanlage und Verbindungsweg in einem verkehrssicheren Zustand. Eine bauliche Neugestaltung zur besseren Begehrbarkeit der gesamten Wegeverbindung soll im Zuge

einer künftig anstehenden Neuausweisung eines Sanierungsgebiets im Bereich „Koppenberg, Untere Sulzbacher Straße“, gesamtheitlich umgesetzt werden.“

Stadtrat Franke teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Antrag AN/319/19 der SPD-Fraktion

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Geeignete Grünflächen auf den städtischen Friedhöfen (Freiflächen und aufgelassene Grabfelder) werden als Beitrag zur Artenvielfalt zu Blühwiesen umgestaltet.“

Herr Zipf führt aus:

„Artenvielfalt wird auf den städtischen Friedhöfen bereits seit Jahren durch verschiedene Maßnahmen umgesetzt. So wurden beide Urnenparks im Stadt- und Waldfriedhof mit Staudenbeeten bepflanzt. Im Waldfriedhof werden die großen Freiflächen nur noch einmal nach der Grasblüte abgemäht. Im Herbst wurden Frühlingszwiebeln auf verschiedenen Friedhöfen gelegt. Zur weiteren Förderungen der Artenvielfalt soll auf den Grabfeldern V-VII im Waldfriedhof im kommenden Jahr eine Blühwiese angelegt werden. Weitere Maßnahmen werden fortlaufend geprüft.“

Stadtrat Franke merkt an, dass man für das Thema nochmals mehr sensibilisieren müsse. Die Bürger halten sich auf Friedhöfen auf, weshalb eine entsprechende Gestaltung wichtig sei. Der Antrag sei erledigt.

Antrag AN/323/19 der Backnanger Demokraten – Stadtrat Dyken

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Außerdem sollen bei allen Straßenneubauten sowohl die Radschutzstreifen als auch die von Autos und Rädern gemeinsam genutzten Fahrbahnen farblich von den reinen Autofahrbahnen abgehoben werden, z.B. beim Kawag-Kreisel oder an der Aspacher/Schöntaler Straße.“

Herr Kaltenleitner führt aus:

„Bei Neubaumaßnahmen werden Gefahrstellen entsprechend gekennzeichnet.“

Stadtrat Dyken möchte wissen, ob in bestimmten Bereichen auch mehr Hinweisschilder denkbar seien.

Frau Blumer erläutert, dass man dies als Verkehrsteilnehmer lernen müsse. Eine Aufrüstung

der Beschilderung sei nicht optimal, da dies die Verkehrsteilnehmer eher irritiere. Dies führe nicht zu mehr Transparenz im Straßenverkehr.

Stadtrat Malcher befürwortet, dass nicht zu viele Schilder angebracht werden sollen.

Stadtrat Dyken zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden und teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Antrag AN/324/19 der Backnanger Demokraten – Stadtrat Dyken

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Die Stadtwerke sollen dabei unterstützt werden, regionale Kleinkraftwerke und Solarparks zu planen und zu errichten. Wie die Wärmeversorgung der Oberen Walke soll auch die Energieversorgung ganz Backnangs unabhängiger werden vom Gas- und Strommarkt. Die Stadt Tübingen kann als mögliches Beispiel herangezogen werden.“

Herr Steffen führt aus:

„Die SwBK errichten seit Jahren „regionale Kleinkraftwerke“ in Backnang. Der Ausbau wird über die kommunale Wärmeplanung weiter Fahrt aufnehmen. Das Thema Solarparks ist zur besseren Beteiligung der Bürgerschaft bewusst bei der Bürger-Energiegenossenschaft angesiedelt. Wie bereits unter dem Antrag AN/292/19 erwähnt, beabsichtigen die SwBK sich bei einer Realisierung des Windparks Zollstock-Springstein zu beteiligen. Hierdurch würde die regionale Energieerzeugung weiter ausgebaut und unabhängiger vom überregionalen Strombezug werden.“

Stadtrat Dyken teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Antrag AN/326/19 der Backnanger Demokraten – Stadtrat Dyken

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Außerdem soll die Stadt Backnang ihren Eigenbetrieb Baulandentwicklung ertüchtigen, nicht mehr benötigte landwirtschaftliche Flächen zwar zu erwerben, aber zur Schaffung eines regionalen Ausgleichs zu renaturieren. Wenn dies nicht der Betriebszweck ist, kann der Erwerb von Flächen auch direkt durch die Stadt Backnang geschehen.“

Herr Großmann führt aus:

„Mit der Ökopunkteverordnung gibt es ein sehr gutes Instrument zur regionalen Schaffung und Umsetzung von ökologischen Aufwertungen. Die Stadtverwaltung kauft / übernimmt

hierzu regelmäßig Ökopunkte aus der Raumschaft um den regionalen Ausgleich zu kompensieren.“

Stadtrat Dyken teilt mit, dass man mehr Backnanger Ökopunkte erzielen solle. Man müsse die Ausgleichsmaßnahmen in unmittelbarer Nähe realisieren. Er teilt mit, dass das Ziel weiterverfolgt werden müsse und der Antrag hiermit erledigt sei.

Antrag AN/282/19 der CDU-Fraktion

Der Vorsitzende verliest den Antrag

„Wir beantragen, die Sicherheit der Geh- und Radwege, die als Schulwege ausgewiesen sind zu verbessern. Dazu beantragen wir am Landesprogramm Mover aktiv teilzunehmen.“

Der Vorsitzende führt aus:

„Die Stadt Backnang ist bereits im Kontakt mit Mover aktiv und lässt sich im kommenden Jahr mit dem Baustein Mover Kommune beraten.“

und verweist weiter auf einen geplanten Sachstandsbericht im Ausschuss für Technik und Umwelt.

Stadträtin Dr. Ulfert zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag AN/288/19 der CDU-Fraktion

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Wir beantragen, zu untersuchen, welche weiteren Gebiete in der Stadt als Standort für eine Heizzentrale sinnvoll sind.“

Herr Großmann führt aus:

„Dauerthema im Rahmen der Wärmeplanung. Aufbauend auf der Bestandsaufnahme werden derzeit Maßnahmen geplant. Diese umfassen auch Standort und Dimension von Heizzentralen. Die kommunale Wärmeplanung soll 2023 beschlossen werden.“

und verweist weiter auf einen geplanten Sachstandsbericht im Ausschuss für Technik und Umwelt.

Stadträtin Dr. Ulfert zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag AN/274/19 der CDU-Fraktion und Antrag AN/310/19 der SPD-Fraktion

Der Vorsitzende verliest den Antrag der CDU-Fraktion:

„Wir beantragen, dass die Stadt Backnang ein Werbe- und Unterstützungskonzept zur Gewinnung von Ärztinnen und Ärzten für Backnang entwirft.“

sowie den Antrag der SPD-Fraktion:

„Die Verwaltung prüft – in Erweiterung unseres letztjährigen Antrags – welche kommunalen Hilfen notwendig und möglich sind, um eine gute hausärztliche Versorgung zu sichern und neue ärztliche Niederlassungen zu unterstützen, gegebenenfalls im Rahmen der Förderung eines MVZ-Modells mit Genossenschaftscharakter und mit Unterstützung der Städtischen Wohnbau und/oder der Kreisbau.“

Der Vorsitzende verweist weiter auf einen geplanten Sachstandsbericht im Verwaltungs- und Finanzausschuss.

Stadträtin Dr. Ulfert sowie Stadtrat Franke zeigen sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag AN/276/19 der CDU-Fraktion

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Wir erbitten einen Sachstandsbericht zum Thema Schlauchtrocknung bei der Feuerwehr und regen an, dass der Gemeinderat wieder einmal zu einer Besichtigung und Austausch mit der Feuerwehr geht.“

und verweist den Antrag zur Beantwortung in eine Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses im neuen Jahr.

Die CDU-Fraktion zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag AN/277/19 der CDU-Fraktion

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Für städtische Neubauten hatten wir bereits ein Raster zur Energieplanung erarbeitet, es wird um Bericht gebeten, ob dieses mit den Ergebnissen der aktuellen Wärmeplanung kompatibel ist.“

und verweist den Antrag zur Beantwortung in eine Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt im neuen Jahr.

Die CDU-Fraktion zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag AN/278/19 der CDU-Fraktion

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Wir bitten zu prüfen, inwieweit die Einhaltung von vorgeschriebenen Pflanzgeboten auch langfristig überprüft werden können.“

und verweist den Antrag zur Beantwortung in eine Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt im neuen Jahr.

Die CDU-Fraktion zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag AN/280/19 der CDU-Fraktion

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Wir beantragen einen Sachstandsbericht über die Vialytics Befahrungen und die Erkenntnisse daraus.“

und verweist den Antrag zur Beantwortung in eine Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt im neuen Jahr.

Die CDU-Fraktion zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag AN/283/19 der CDU-Fraktion

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Wir beantragen, das Parkleitungssystem der Stadt zu ertüchtigen und in einen funktionsfähigen Zustand zu versetzen.“

und verweist den Antrag zur Beantwortung in eine Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt im neuen Jahr.

Die CDU-Fraktion zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag AN/284/19 der CDU-Fraktion

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Wir beantragen eine Optimierung der Radwegführungen sowie eine entsprechende Beschilderung und Markierung.“

und verweist den Antrag zur Beantwortung in eine Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt im neuen Jahr.

Die CDU-Fraktion zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag AN/287/19 der CDU-Fraktion

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Wir beantragen im Zuge der Baumaßnahme KAWAG Kreisel einen ansprechenden und funktionalen Friedhofsparkplatz zu realisieren sowie die angrenzende Treppe zum Friedhof zu sanieren.“

und verweist den Antrag zur Beantwortung in eine Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt im neuen Jahr.

Die CDU-Fraktion zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag AN/289/19 der CDU-Fraktion

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Wir beantragen die Einführung einer Ehrenamtskarte, die als Geste der Wertschätzung und des Dankes den für das Gemeinwohl engagierten Bürgerinnen und Bürgern vergünstigte Eintritte in kulturellen und sportlichen Einrichtungen bieten könnte.“

und verweist den Antrag zur Beantwortung in eine Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses im neuen Jahr.

Die CDU-Fraktion zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag AN/290/19 und Antrag AN/305/19 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Der Vorsitzende verliest die zwei Anträge:

„Viele Dächer in Backnang sind mit Ziegeln gedeckt und haben eine ideale Ausrichtung für Solaranlagen. Wir möchten, dass dieses Potential erschlossen wird. Hierzu beantragen wir ein lokales Förderprogramm. Fachleute mögen für Beratungen im Bereich der Solarenergie einen Zuschuss von 150€ bekommen. Ohne bürokratische Hürden.“

und

„Die Energiekrise stellt uns vor große Herausforderungen. Dabei können nicht nur die großen

Unternehmen helfen. Jede*r Einzelne kann durch Balkonkraftwerken bzw. Mini-PV-Modulen einen Beitrag leisten. Wir beantragen eine Förderung der Stadt bei der Anschaffung dieser. Es gibt andere Stände unserer Größe in denen das der Fall ist.“

und verweist die Anträge zur Beantwortung in eine Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt im neuen Jahr.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag AN/291/19 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Der Vorsitzende verliest den Antrag

„Neben den Dächern können Freiflächenanlagen für PV-Module einen wertvollen Beitrag zur nachhaltigen und besseren Energieversorgung leisten. Die Stadtverwaltung möge im Rahmen der Flächennutzungsplanung der Verwaltungsgemeinschaft überprüfen und aufzeigen, wo solche Anlagen gebaut werden können. Dies möge durch eine Vorstellung im Ausschuss für Technik und Umwelt unterstützt werden.“

und verweist den Antrag zur Beantwortung in eine Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt im neuen Jahr.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag AN/298/19 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Schnelle überregionale Fahrradverbindungen gewinnen an Bedeutung. Wir bitten die Stadtverwaltung über den aktuellen Stand der Planung zu berichten.“

und verweist den Antrag zur Beantwortung in eine Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt im neuen Jahr.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag AN/301/19 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Die Artenvielfalt leidet. Viele Tierarten wie beispielsweise Amphibien sind bald nicht mehr vorhanden. Wie können ihre Bestände geschützt werden? Und welche Tierarten können in

Backnang und Umgebung angesiedelt werden? Die Grüne Stadtratsfraktion bittet das Stadtplanungsamt zu prüfen, welche Tiere in Backnang angesiedelt werden können und welche Hilfestellungen dazu notwendig sind.“

und verweist den Antrag zur Beantwortung in eine Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt im neuen Jahr.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag AN/302/19 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Viele Gebiete werden in den nächsten Jahren überbaut. Vor jeder Überbauung muss deren Auswirkung auf den CO2 Ausstoß überprüft werden. Die Klimaneutralität der Gebäude muss schon in den ersten Planungsstufen (HOAI-Stufe 2 Besondere Leistung) höchste Priorität haben. Den Stadtwerken kommt hier eine große Bedeutung zu. Sie müssen sich in ihren Angeboten zum klimaneutralen Energieversorger weiterentwickeln.“

und verweist den Antrag zur Beantwortung in eine Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt im neuen Jahr.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag AN/306/19 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Streuobstwiesen gehören zu den ökologisch wertvollsten Flächen in Europa. Vor allem unsere Region spielt eine wichtige Rolle. Als Stadt tragen wir die Verantwortung des Schwäbischen Mostviertels mit uns. Daher bitten wir um einen Sachstandbericht des über die Projekte des Schwäbischen Mostviertels.“

und verweist den Antrag zur Beantwortung in eine Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt im neuen Jahr.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag AN/308/19 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet um Sachstandbericht über die Gruppenaufteilung der Gruppen in den Kindertageseinrichtungen der Stadt bezogen auf den Migrationsanteil der Kinder.“

und verweist den Antrag zur Beantwortung in eine Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses im neuen Jahr.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag AN/309/19 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Bebauungen von Baulücken in dörflichen Strukturen dürfen den Charakter des Dorfes nicht zerstören. Wir bitten um einen Vorschlag der Verwaltung wie das verhindert werden kann (z.B. Bebauung in Unter und Mittelschöntal).“

und verweist den Antrag zur Beantwortung in eine Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt im neuen Jahr.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag AN/311/19 der SPD-Fraktion

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Die Verwaltung legt zeitnah realisierbare Pläne zur Wiedereröffnung der gesperrten Fußgängerbrücke über die Murr auf Höhe der Bleichwiese in Verbindung mit einer einladenden Neugestaltung des Treppenaufgangs zur Postgasse vor.“

und verweist den Antrag zur Beantwortung in eine Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt im neuen Jahr.

Die SPD-Fraktion zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag AN/312/19 der SPD-Fraktion

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Zur Minderung des erheblichen Gefahrenpotentials am Fußgängerüberweg in Höhe des Bahnhofs, u.a. bedingt durch eine starke Frequentierung (Schüler bzw. Bahn- u. Busnutzer) und schwierige Verkehrsverhältnisse, wird der Zebrastreifen durch eine Lichtsignalanlage

ersetzt.“

und verweist den Antrag zur Beantwortung in eine Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt im neuen Jahr.

Die SPD-Fraktion zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag AN/314/19 der SPD-Fraktion

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Die Verwaltung legt einen Bericht vor, wie das Ungarndeutsche Heimatmuseum als kulturelles Erbe dauerhaft gesichert und das einmalige Rundfunkmuseum Manfred von Ardenne (Fam. Burgel) für Backnang erhalten werden kann.“

und verweist den Antrag zur Beantwortung in eine Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses im neuen Jahr.

Die SPD-Fraktion zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag AN/315/19 der SPD-Fraktion

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Die Verwaltung legt ein Realisierungskonzept zur einladenden Neugestaltung der Grünzone entlang der Talstrasse (Bácsalmásanlage) unter Einbeziehung des Mühlkanals und des Prallhangs vor.“

und verweist den Antrag zur Beantwortung in eine Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt im neuen Jahr.

Die SPD-Fraktion zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag AN/316/19 der SPD-Fraktion

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Die Stuttgarter Straße wird zwischen dem KAWAG-Kreisel und der Chelmsford-Brücke künftig in Verbindung mit einem separaten Radweg und breiteren seitlichen Parkbuchten einspurig geführt.“

und verweist den Antrag zur Beantwortung in eine Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt im neuen Jahr.

Die SPD-Fraktion zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag AN/317/19 der SPD-Fraktion

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Die Stadt Backnang legt ein Förderprogramm zur Entsiegelung von privaten Schotterflächen zugunsten von Artenvielfalt fördernden Grünflächen auf.“

und verweist den Antrag zur Beantwortung in eine Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt im neuen Jahr.

Die SPD-Fraktion zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag AN/320/19 der SPD-Fraktion

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Die Verwaltung entwickelt ein Konzept für die Begrünung der Sulzbacher Str. von der Kreuzung Dresdner /Berliner Ring bis zum Ortsausgang als Beitrag zur ökologischen und klimaaktiven Aufwertung des Straßenzugs und legt einen Schwerpunkt auf geeignete Bäume im öffentlichen Raum (ähnlich der Stuttgarter Str.) bzw. unterstützt private Straßenanlieger mit einem Zuschuss bei vergleichbaren Aktivitäten.“

und verweist den Antrag zur Beantwortung in eine Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt im neuen Jahr.

Die SPD-Fraktion zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag AN/321/19 der SPD-Fraktion

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Die Verwaltung legt zeitnah das mehrfach zugesagte Konzept zur Neuausrichtung des wichtigen städt. Wochenmarkts als innerstädtischem Frequenzbringer vor.“

und verweist den Antrag zur Beantwortung in eine Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses im neuen Jahr.

Die SPD-Fraktion zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Antrag AN/325/19 der Backnanger Demokraten – Stadtrat Dyken

Der Vorsitzende verliest den Antrag:

„Städtischer Wald soll nicht länger zwingend unter wirtschaftlichen Aspekten gemanagt werden. Wir wünschen uns daher die Ausplanung der Einnahmen aus dem Holzverkauf, denn der Einschlag kranker Bäume ist im Voraus nicht kalkulierbar, und den Paradigmenwechsel hin zu einer primär ökologischen Waldwirtschaft mit mindestens 10% naturbelassenem Wald.“

und verweist den Antrag zur Beantwortung in eine Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses im neuen Jahr.

Stadtrat Dyken zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Stadtrat Dobler lobt das Vorgehen zur Beantwortung der Anträge.

Stadtrat Franke schließt sich der Meinung von Stadtrat Dobler an und bittet die Maßnahmen auch entsprechend zu realisieren.

Stadträtin Dr. Ulfert stimmt dem ebenfalls zu.

Stadtrat Degler lobt die Arbeit der Verwaltung. Er möchte wissen, ob bei den anderen Anträgen eine Antragssitzung angedacht ist.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Anträge zu gegebener Zeit behandelt werden sollen.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 15. Dezember 2022 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 25 Stadträte; Normalzahl 26
--	---

§ 131

Neugliederung der Dezernats- und Verwaltungsstruktur der Stadtverwaltung Backnang

Der Vorsitzende führt aus:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadträte,

mit dem Tagesordnungspunkt 5 kommen wir zur Neugliederung der Dezernats- und Verwaltungsstruktur der Stadt Backnang, die uns als Beschlussfassung heute vorliegt. Da wir diese am 10. November in einer gemeinsamen ATU- und VFA-Sitzung nicht öffentlich vorberaten haben, möchte ich einige einleitende und begründende Worte vorausschicken.

Die Stadt Backnang steht vor großen Herausforderungen, die es in den kommenden Jahren zu meistern gilt. Vor allem die Nutzung der innerörtlichen Entwicklungsmöglichkeiten zur Schaffung von so dringend benötigtem bezahlbarem Wohnraum und der damit einhergehende Ausbau der notwendigen Infrastruktur wie Betreuungs- und Bildungseinrichtungen oder die ärztliche Versorgung sind von zentraler Bedeutung. Die Mobilitätswende, Klimaneutralität und der kontinuierliche Umbau Backnangs zu einer klimaresilienten Stadt sowie die andauernden Herausforderungen im Bereich Migration und Integration sind weitere Themen von elementarer Bedeutung für die Stadtgesellschaft.

Die genannten Bereiche sind zentrale Handlungsfelder unserer Stadt, in denen Sie als Hauptorgan die Entwicklungsrichtung vorgeben und gemeinsam mit der Stadtverwaltung in die Tat umsetzen. Parallel sind heuer so viele Krisen wie selten zuvor gleichzeitig zu bewältigen. Von der Flüchtlingskrise über die Corona-Pandemie bis zu einem Krieg in Europa mit seinen globalen Folgen, führen mitunter zu einer enormen Belastungsprüfung der Kommunalverwaltungen. Denn die Entscheidungen in Bund und Land müssen wir hier vor Ort umsetzen und unseren Bürgern vermitteln. Sie erleben in Ihrer Gemeinderatsarbeit, wie komplex und umfangreich die administrative Arbeit auf der kommunalen Ebene mittlerweile geworden ist.

Doch trotz aller Krisen und Herausforderungen floriert unsere schöne Stadt und erfreut sich einer stets steigenden Attraktivität, so dass sich seit Jahren ein kontinuierlicher Bevölkerungszuwachs verzeichnen lässt. Und das nicht nur in der Stadt Backnang, sondern ebenso auch in den Mitgliedskommunen der Verwaltungsgemeinschaft. Hier ist die Bevölkerung in den vergangenen 10 Jahren um 7,7% angestiegen. Um die wachsende Bevölkerung auch adäquat mit kommunalen Dienstleistungen versorgen zu können, ist eine leistungsfähige und digitale Stadtverwaltung unerlässlich. Dies ist die klare – und ich sage das auch ganz deutlich – berechnete Erwartungshaltung der Bürgerschaft, die uns tagtäglich entgegengebracht wird. Vor allem der Bereich Bildung und Betreuung ist der am stärksten wachsende Sektor in der jüngsten Vergangenheit. Seit dem Jahr 2012 ist der Personalkörper allein bei der Kinderbetreuung um über 150 Mitarbeiter gewachsen, und insgesamt um mehr als 200 Mitarbeiter.

Nach Abwägung der zu erwartenden Entwicklung der Stadt und der in unserer Verwaltungszuständigkeit liegenden Gemeinden der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft, sind wir zu der Empfehlung gekommen, die Organisation breiter aufzustellen. Dies ist nach meiner festen Überzeugung die logische Konsequenz aus der eingangs dargestellten erheblichen quantitativen wie qualitativen Zunahme an Herausforderungen. Durch eine breitere Aufstellung der Stadtverwaltung wird die notwendige Verbesserung der fachlichen und persönlichen Anleitung der Ämter sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sichergestellt. Nicht um ihrer selbst willen, sondern zur Sicherung einer angemessenen Qualität der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Durch die neue Struktur und der damit verbundenen Schaffung einer weiteren Fachdezernentenstelle entstehen Mehrkosten in Höhe von rund 100.000 € pro Jahr. In Anbetracht der zu erwartenden Mehrwerte sind diese aus meiner Sicht, auch im interkommunalen Vergleich, absolut gerechtfertigt.

Mittels der Ihnen heute zum Beschluss vorliegenden Neustrukturierung bin ich der Überzeugung, die Stadtverwaltung für die kommenden Jahre zukunftsorientiert auszurichten und dadurch die Leistungsfähigkeit nicht nur beibehalten zu können, sondern sogar weiter zu steigern.

Herzlichen Dank!“

und stellt den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage und einer Präsentation (siehe Anlage) vor:

Zur Optimierung von Verwaltungsabläufen und zur Bewältigung der erhöhten Anforderungen sollen organisatorische Änderungen der Stadtverwaltung herbeigeführt werden. Insbesondere machen nachstehend aufgeführten Anforderungen eine Neustrukturierung der Stadtverwaltung notwendig:

- die unvermindert stark zunehmende Einwohnerzahl der Stadt Backnang und der Mitgliedskommunen der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Backnang, die sich auch in der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung zeigt,
- die Großprojekte wie die Mobilitätsdrehscheibe am Bahnhof, die Karl-Euerle-Halle, der B14 Ausbau, das IBA-Quartier Backnang-West sowie die zunehmende Investitionstätigkeit für Einrichtungen für Bildung und Betreuung die von der Stadt gesteuert und eng begleitet werden müssen,
- die Schaffung von öffentlich gefördertem Wohnraum für sozial schwächere Einwohner,
- die starke private Bautätigkeit,
- die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen,
- der notwendige Ausbau der Kinderbetreuungsangebote und der damit verbundene Personalaufwuchs (zusätzliche 157 Mitarbeiter im SuE Bereich seit dem Jahr 2012 mit steigender Tendenz),
- die alle Lebensbereiche und Institutionen umfassende Notwendigkeit, die Stadt klimagerecht umzubauen und weiterzuentwickeln,
- die immer umfassendere Beteiligung von Bürgern an kommunalen Planungs- und Entwicklungsprozessen,
- das bürgerschaftliche Engagement adäquat und zentral zu unterstützen,
- die erhöhten Ansprüche an die Stadtverwaltung durch die zunehmende Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen.

Daher wird vorgeschlagen, die bisher drei vorhandenen und vom Oberbürgermeister, dem Ersten Bürgermeister und dem Baudezernenten geleiteten Dezernate um ein weiteres Dezernat zu ergänzen. Dem Dezernat IV wären die Bereiche des Amtes für Familie, Jugend und Bildung sowie dem Kulturamt zuzuordnen. Darüber hinaus ist geplant, alle Aktivitäten des Bürgerschaftlichen Engagements gebündelt zu fördern und betreuen.

Die Leitung des Dezernats IV soll durch eine neu geschaffene Stelle im Beschäftigten- oder Beamtenverhältnis besetzt werden. Daher ist es erforderlich, den Stellenplan entsprechend anzupassen. Dem vom Oberbürgermeister direkt geleiteten Dezernat I werden die Bereiche des Rechnungsprüfungsamtes und der Stadtkämmerei zugeordnet. Darüber hinaus sollen in dem Dezernat II zukünftig die Bereiche des Haupt- und Personalamtes und des Rechts- und Ordnungsamtes zusammengefasst und von einem Verwaltungsdezernenten geleitet werden. Durch Beschluss des Gemeinderats vom 29. September 2022 erfolgt die Leitung des Dezernats III (Baudezernat) künftig durch die/den Ersten Bürgermeister/in. Mittels der vorgeschlagenen Aufgliederung kann eine für die Zukunft leistungsfähige Verwaltungsführung sichergestellt werden, um die exemplarisch aufgezählten Herausforderungen der Stadtverwaltung adäquat umzusetzen.

Bisherige Verwaltungsstruktur

In der Stadtverwaltung sind bisher drei Geschäftsbereiche (Dezernate) gebildet worden:

Das Dezernat I wird von **Oberbürgermeister Maximilian Friedrich** geleitet und umfasst

- Amt 10 - Haupt- und Personalamt
- Amt 14 - Rechnungsprüfungsamt
- Amt 40 - Kultur- und Sportamt

Darüber hinaus sind dem Oberbürgermeister die Stabsstellen Presse/Persönlicher Referent sowie die Wirtschaftsförderung/Stadtmarketing und das Feuerwehrwesen zugeordnet.

Das Dezernat II wird vom **Ersten Bürgermeister Siegfried Janocha** geleitet und umfasst

- Amt 20 - Stadtkämmerei
- Amt 30 - Rechts- und Ordnungsamt
- Amt 50 - Amt für Familie, Jugend und Bildung

Das Dezernat III wird von **Baudezernent Stefan Setzer** geleitet und umfasst

- Amt 60- Bauverwaltungs- und Baurechtsamt
- Amt 61 – Stadtplanungsamt
- Amt 65 – Hochbauamt

- Amt 66 – Tiefbauamt

In der Anlage 1 ist die bisherige Organisationsstruktur abgebildet.

Vorgeschlagene künftige Verwaltungsstruktur

Mit der vorgeschlagenen Neugliederung der Dezernate wäre nachfolgende Verwaltungsstruktur gegeben:

Das Dezernat I wird von **Oberbürgermeister Maximilian Friedrich** geleitet und umfasst

- Amt 14 - Rechnungsprüfungsamt
- Amt 20 - Stadtkämmerei

Darüber hinaus sind dem Oberbürgermeister die Stabsstellen Pressesprecher/Persönlicher Referent sowie die Wirtschaftsförderung/Stadtmarketing zugeordnet.

Das Dezernat II soll zukünftig von **der/dem Verwaltungsdezernent/in** geleitet werden und umfasst

- Amt 10 – Haupt- und Personalamt
- Amt 30 - Rechts- und Ordnungsamt

Darüber hinaus ist der/dem Verwaltungsdezernentin/en die Stabsstelle Feuerwehr zugeordnet.

Das Dezernat III soll von **der/dem Ersten Bürgermeister/in** geleitet werden und umfasst

- Amt 60 - Bauverwaltungs- und Baurechtsamt
- Amt 61 - Stadtplanungsamt
- Amt 65 - Hochbauamt
- Amt 66 - Stadtbauamt mit dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung

Der/dem Ersten Bürgermeister/in ist die Stabsstelle Klimaschutz zugeordnet.

Das Dezernat IV soll zukünftig von **der/dem Sozial- und Kulturdezernent/in** geleitet werden und umfasst

- Amt 40 – Kultur- und Sportamt

- Amt 50 – Amt für Familie, Jugend und Bildung

Der/dem Kultur- und Sozialdezernentin/en ist die Stabsstelle für Integration und Flucht zugeordnet.

In der Anlage ist die vorgeschlagene Organisationsstruktur abgebildet.

Der Oberbürgermeister ist Leiter der gesamten Verwaltung, gesetzlicher Vertreter und Vorsitzender des Gemeinderats.

In Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern können als Vertreter des Oberbürgermeisters ein oder mehrere hauptamtliche Beigeordnete bestellt werden. In Stadtkreisen und Großen Kreisstädten führt der Beigeordnete die Amtsbezeichnung Bürgermeister. In Backnang ist ein Beigeordneter bestellt worden und ist als Erster Bürgermeister der ständige allgemeine Stellvertreter des Oberbürgermeisters. Außerdem sind aus der Mitte des Gemeinderats ehrenamtliche Stellvertreter des Oberbürgermeisters bestellt worden, welche den Oberbürgermeister in der festgelegten Reihenfolge vertreten, wenn er und der Beigeordnete verhindert sind. Wären weitere Beigeordnete bestellt worden, so würden sie den Oberbürgermeister ständig nur in ihrem Geschäftskreis vertreten. Sie wären allgemeine Stellvertreter nur bei Verhinderung des Oberbürgermeisters und des Ersten Bürgermeisters in der vom Gemeinderat festgelegten Reihenfolge.

Die Leitung der Dezernate II und IV sollen nach dem Vorschlag der Verwaltung jedoch nicht von einem Beigeordneten, der wie dargestellt eine besondere Stellung innehat, sondern durch Dezernentin/en im dauerhaften Beschäftigungs- oder Beamtenverhältnis geleitet werden. Hierfür ist eine zusätzliche Stelle in der beamtenrechtlichen Besoldungsgruppe A 16 oder in einer vergleichbaren tarifrechtlichen Anstellung im Stellenplan auszuweisen. Die voraussichtlichen Personalkosten für die zusätzliche Personalstelle betragen ca. 100.000 € Arbeitgebergesamtaufwand pro Jahr. Bei einer dreigliedrigen Dezernatsstruktur mit zwei Beigeordneten würden im Verhältnis zu einer viergliedrigen Dezernatsstruktur mit einem Beigeordneten und zwei Dezernenten rund 10.000 € Mehrkosten entstehen.

Im Gegensatz zum Ersten Bürgermeister, welcher ständiger allgemeiner Stellvertreter des Oberbürgermeisters ist, und im Gegensatz zu einem weiteren Beigeordneten hat ein Dezernent im Beschäftigtenverhältnis oder einer Lebenszeitverbeamtung nicht dieselbe besondere rechtliche Stellung. Ihm können durch den Oberbürgermeister allgemein oder im Einzelfall bestimmte Kompetenzen durch Beauftragung bzw. rechtsgeschäftliche Bevollmächtigung übertragen werden. Die Erteilung einer Generalvollmacht ist jedoch nicht möglich. Darüber hinaus können Sitzungen des Gemeinderats oder seiner Ausschüsse ausschließlich vom

Oberbürgermeister oder einem seiner Stellvertreter oder einem Beigeordneten (Bürgermeister) geleitet werden.

Stadträtin Dr. Ulfert merkt an, dass der Sachverhalt sehr intensiv vorberaten wurde. Es wurden sehr viele wichtige Punkte angesprochen, welche sich auch nochmals in ihrer Intensivität ausweiten werden. Sie richtet sich an den Ersten Bürgermeister Janocha und bittet ihn darzulegen, wie hoch die derzeitige Arbeit im Dezernat II sei. Man wolle durch die vielseitigen Tätigkeiten nicht jeglichen Bewerber für die Dezernentenstelle bereits im Vorfeld verängstigen. Durch die hohen Kosten habe man sich schwergetan, jedoch sei man am Ende zu dem Entschluss gekommen, dem Vorschlag zuzustimmen. Man sehe darin sehr große Entwicklungschancen.

Erster Bürgermeister Janocha erläutert, dass sich in den vergangenen Jahren sehr viel in Backnang entwickelt habe. Die Aufgaben seien wesentlich komplexer geworden und es gab Aufgabenbereiche, welche in der Vergangenheit nicht so sehr im Fokus standen. Das derzeitige Dezernat II sei hinsichtlich der Aufgaben mittlerweile schlicht zu groß. Er spricht sich für die neue Gliederung und eine zukunftsorientierte Stadtverwaltung aus.

Stadtrat Franke teilt mit, dass die Ergänzung von Erstem Bürgermeister Janocha sehr wichtig gewesen sei. Man sei sich einige, dass man etwas unternehmen müsse. Die Aufgaben werden immer mehr und auch vielfältiger. Man befinde sich in einem Entwicklungsprozess. Der Oberbürgermeister müsse bei der Verwaltungsstruktur ein gutes Gefühl haben, damit die Verwaltung auch funktioniere. Man werde der vorgeschlagenen Struktur zustimmen. Eine Besetzung mit einem Oberbürgermeister, einem Ersten Bürgermeister sowie zwei Dezernenten empfinde er als die Richtige.

Der Vorsitzende erläutert, weshalb der jetzige Zeitpunkt für die Neustrukturierung ausgewählt wurde.

Stadtrat Härtner teilt mit, dass sich die Verwaltung nach und nach aufblähe. Er sei der Meinung, dass drei Dezernate weiterhin ausreichend seien, welche in der Aufgabenverteilung neu strukturiert werden sollten.

Stadtrat Bauer schließt sich der Meinung von Stadtrat Härtner an. Er merkt an, dass der Erste Bürgermeister künftig die meisten Projekte unter sich haben werde. Dieser müsse entlastet werden, um seine Aufgabe als Erster Bürgermeister durchführen zu können.

Der Vorsitzende teilt mit, dass das künftige Dezernat des Ersten Bürgermeisters in den Aufgaben an sich schlüssig sei und gute Amtsleiter vorhanden seien.

Erster Bürgermeister Janocha teilt mit, dass die Ämter des Baudezernats aus kleineren Ämtern bestehen. Die Aufgaben in diesem Bereich seien in sich schlüssig und greifen ineinander. Hier könne keine Trennung der Aufgaben oder Ämter stattfinden. Diese Ämter können nicht mit dem aktuellen Dezernat II verglichen werden.

Stadtrat Degler teilt mit, dass es sich für ihn um ein zweiseitiges Schwert handle. Die künftigen Themen führen zu einem Personalzuwachs, weshalb alles neu organisiert werden müsse. Man werde dieser Neustrukturierung zustimmen.

Stadtrat Hettich spricht sich ebenfalls für die neue Struktur aus. Er möchte wissen, ob Dezernenten gleichzeitig als Amtsleiter in Personalunion agieren können.

Der Vorsitzende schlägt vor, zuerst über die Struktur zu beschließen und in einem zweiten Schritt über die Besetzung und die Ausschreibungen zu sprechen.

Stadtrat Hettich zeigt sich einverstanden.

Erster Bürgermeister Janocha ergänzt, dass die Tätigkeit als Amtsleiter und Dezernent in Personalunion aus eigener Erfahrung nicht funktioniere.

Stadtrat Malcher merkt an, dass man die immer zunehmenden Aufgaben entsprechend verteilen müsse.

Stadtrat Dr. Ketterer weist auf den demografischen Wandel und die Änderungen der letzten Jahre hin. Man brauche eine schlagkräftige Verwaltung.

Der Gemeinderat

beschließt

nach ausführlicher Beratung mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen entsprechend der Empfehlung der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt und des Verwaltungs- und Finanzausschusses vom 10.11.2022:

1. Der vorgeschlagenen Neugliederung der Dezernats- und Verwaltungsstruktur der Stadtverwaltung wird zugestimmt
2. Der Stellenplan ist für die Leitung des neu gebildeten Dezernats IV um eine Stelle einer/eines leitenden Stadtverwaltungsdirektors/in (Bes.Gr. A 16) oder einer vergleichbaren tariflichen Eingruppierung anzupassen.
3. Die Stellen der hauptamtlichen Dezernenten werden öffentlich ausgeschrieben und in einer

öffentlichen Sitzung des Gemeinderats gewählt.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 15. Dezember 2022 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 25 Stadträte; Normalzahl 26
--	---

§ 132

Beschlussfassung der Parkgebührensatzung der Stadt Backnang

Der Vorsitzende stellt den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage vor:

1. Vorbemerkung

Gemäß § 2 Parkgebührenverordnung des Landes Baden-Württemberg ist die Regelung über die Parkgebühren als Satzung auszugestalten. Zudem müssen mit Einführung des § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) zum 01.01.2023, die Erträge aus Parkgebühren neu bewertet werden. Bisher gilt bei der Stadt Backnang die Rechtsverordnung über die Festsetzung der Gebühren für das Parken.

Die Satzung erfasst die aktuellen Parkgebühren für das Parken auf Straßen, Wegen und Plätzen der Stadt Backnang und zeigt die verschiedenen Parkbereiche auf. Eine Neubewertung der Parkplatzsituation im Zuge einer intelligenten Parkraumbewirtschaftung, auch im Hinblick auf den Klimaschutz und die Verbesserung der Lebensqualität in Backnang, ist im kommenden Jahr geplant.

2. Zuordnung der Parkflächen und umsatzsteuerrechtliche Beurteilung

Für die Ausgestaltung der neuen Parkgebührensatzung werden die Parkflächen auf Straßen, Wegen und Plätzen je nach Parkhöchstdauer, Parkgebühren und Umsatzsteuerpflicht in Parkbereiche eingeteilt.

Die Parkgebührenerträge für das Parken entlang der Straßen und Wege, sogenannte unselbständige Parkbuchten, bleiben weiterhin umsatzsteuerfrei. Der für eine Steuerpflicht notwendige (potentielle) Wettbewerb ist nicht gegeben, da das Parken entlang von Straßen u.a. vor allem der Regulierung des öffentlichen Verkehrs dient und es keine privaten Parkbuchten auf öffentlichen Straßen gibt.

Die Parkgebührenerträge auf den von der Straße abgegrenzten Parkflächen, sind nach § 4 Nr. 12 Satz 2 UStG von der Umsatzsteuerbefreiung ausgeschlossen. Trotz öffentlich-rechtlicher Regelung und Widmung der vom öffentlichen Straßenverkehr abgegrenzten Parkflächen, greift § 2b Abs. 1 UStG nicht, da die Erträge aller abgegrenzten Parkflächen die Wettbewerbsgrenze nach § 2b Abs. 2 Nr. 1 UStG von 17.500 Euro im Jahr übersteigen. Im Jahr 2021 beliefen sich die Erträge für diese Parkflächen auf ca. 205.000 Euro.

Die Erträge folgender von der Straße abgegrenzten Parkflächen werden ab 01.01.2023 umsatzsteuerpflichtig:

- Parkplatz Annonaystraße
- Parkplatz Bleichwiese
- Parkplatz Talstraße
- Parkplatz Bildungshaus

Die abgegrenzten Parkflächen

- Parkplatz Obere Bahnhofstraße (Backnanger Bürgerhaus)
- P+R Büttenefeld
- P+R Parkhaus ZOB
- P+R Maubach

werden als Betriebe gewerblicher Art geführt. Die Parkgebührenerträge sind bisher schon umsatzsteuerpflichtig. Bei diesen Parkflächen gibt es zum 01.01.2023 bezüglich der umsatzsteuerrechtlichen Beurteilung keine Änderung.

Die Aufteilung der Parkbuchten und Parkflächen erfolgt in verschiedenen Parkbereichen:

Innenstadt

Die bisherige Parkscheibenregelung von 30 Minuten Höchstparkdauer an den Straßen Stiftshof, Marktstraße, Wassergasse, Grabenstraße, Schillerstraße, Dilleniusstraße und Am Obstmarkt bleibt bestehen.

Parkbereich 1 – Parken entlang der Straßen und Wege (unselbständige Parkbuchten)

Gebührenpflicht besteht Montag bis Freitag von 7:00 Uhr bis 19:00 Uhr und Samstag von 7:00 Uhr bis 16:00 Uhr – ausgenommen an Feiertagen.

	Parkbereich 1	Parkgebühr	Höchstparkdauer
1.1	Gerberstraße, Eduard-Breuninger-Straße, Albertstraße, Am Schillerplatz, Bahnhofstraße (Bildungshaus, VHS), Stuttgarter Straße/Burgplatz	Je angefangene 15 min 0,25 Euro	30 Minuten
1.2	Aspacher Straße, Sulzbacher Straße (Staige), Gartenstraße (hinter Schweizerbau)	Je angefangene 15 min 0,25 Euro	1 Stunde
1.3	Stuttgarter Straße, Erbstetter Straße	Je angefangene 15 min 0,25 Euro	2 Stunden
1.4	Bahnhofsstraße (Einmündung Obere Bahnhofstraße bis Abzweigung Erbstetter Straße)	Je Tag 2,00 Euro	1 Tag

Parkbereich 2 – Von der Straße abgegrenzte Parkflächen

Gebührenpflicht besteht Montag bis Freitag von 7:00 Uhr bis 19:00 Uhr und Samstag von 7:00 Uhr bis 16:00 Uhr – ausgenommen an Feiertagen.

	Parkbereich 2	Parkgebühr	Höchstparkdauer
2.1	Parkplatz Bleichwiese Parkplatz Talstraße	Je angefangene 15 min 0,25 Euro	3 Stunden
2.2	Parkplatz Annonaystraße	Je angefangene 15 min 0,25 Euro	4 Stunden
2.3	Parkplatz Bildungshaus	Erste 30 min 0,25 Euro Erste Stunde 0,50 Euro Je weitere angefangene 30	4 Stunden

		min 0,50 Euro	
2.4	Parkplatz Obere Bahnhofstraße (Backnanger Bürgerhaus)	Erste 30 min 0,25 Euro Erste Stunde 0,50 Euro Je weitere angefangene Stunde 1,00 Euro Höchstgebühr 5,50 Euro	1 Tag

Parkbereich 3 – P+R Parkplätze

Gebührenpflicht besteht Montag bis Freitag von 6:00 Uhr bis 16:00 Uhr – ausgenommen an Feiertagen.

	Parkbereich 3	Parkgebühr	Höchstparkdauer
3.1	Parkplätze Bütteneufeld	Je Tag	4 Tage
	Parkplätze Bahnhof Maubach	1,00 Euro	
3.2	Parkhaus Zentraler Omnibusbahnhof	Je Tag 2,00 Euro	4 Tage

3. Finanzielle Auswirkung:

Zur Stärkung der Innenstadt bleiben die Parkgebühren gegenüber den bisherigen Regelungen unverändert.

Die neu auf die Parkgebühren entfallende Umsatzsteuer soll von der Stadt getragen werden. Die Erträge im Parkbereich 2 verringern sich dadurch um ca. 40.000 Euro.

4. Fazit

Durch die Neubewertung der Parkflächen an Straßen, Wegen und Plätzen, bedingt durch die Einführung des § 2b UStG und der Tatsache, dass die Parkgebühren bisher in einer Rechtsverordnung geregelt wurden, wird es als sinnvoll erachtet, alle gebührenpflichtigen Parkflächen zu erfassen und in einer Satzung namentlich aufzuführen. Die entsprechenden umsatzsteuerrechtlichen Anpassungen werden in der Satzung dargestellt.

Stadtrat Hettich teilt mit, dass zeitnah eine Neubewertung der jeweiligen Parkbereiche

stattfinden müsse. Viele Städte haben die Parkgebühren bereits erhöht. Hier werde man ebenfalls zeitnah agieren müssen.

Der Vorsitzende merkt an, dass man mit Vorschlägen wieder auf das Gremium zukommen werde. Die Betroffenen müssen entsprechend zu Beteiligten gemacht werden.

Stadtrat Härtner ergänzt, dass das Anwohner-Parken viel zu günstig sei. Hier müsse man ebenfalls die Preise anpassen.

Der Gemeinderat

beschließt

einstimmig entsprechend der Empfehlung der gemeinsamen Sitzungen des Ausschusses für Technik und Umwelt und des Verwaltungs- und Finanzausschusses vom 10.11.2022:

1. Der Satzung über die Erhebung von Gebühren für das Parken in Bereichen von Parkscheinautomaten und der P+R Parkplätze (Parkgebührensatzung) wird entsprechend dem angeschlossenen Entwurf zugestimmt.
2. Die Satzung tritt am 01.01.2023 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Rechtsverordnung über die Festsetzung der Gebühren für das Parken vom 15.03.2001 außer Kraft.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 15. Dezember 2022 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 25 Stadträte; Normalzahl 26
--	---

§ 133

Sprachförderung für Kitas mit einem hohen Anteil von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte

Erster Bürgermeister Janocha stellt den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage vor:

1.) Bundesprogramm

Der Bund hat das Bundesprogramm „Sprach-Kitas – weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ im Jahr 2016 aufgelegt. Die Stadtverwaltung Backnang hat daraufhin einen Antrag auf Teilnahme von vier Kindertageseinrichtungen, welche das Hauptkriterium – ein hoher Anteil von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte unter den betreuten Kindern - erfüllen, gestellt.

Die vier Kindertageseinrichtungen

- Heiningen Weg (derzeit 64% Migrationshintergrund)
- Im Biegel (95%)
- Lindenstraße (90%)
- Ob der Ekerts Klinge (93%)

haben am 01.01.2018 ihre Arbeit als Sprach-Kitas aufgenommen.

Fördervoraussetzung war die Einstellung von jeweils einer pädagogischen Fachkraft mit 50% je Einrichtung sowie eine Fachberatung, die für 10 bis 15 Einrichtungen beratend tätig wird.

Durch die alltagsintegrierte sprachliche Bildung wurde eine erweiterte Teilhabe an Bildungsangeboten in der Zielsprache ermöglicht sowie die Ausgrenzung aufgrund von Sprachbarrieren reduziert. Die Zusammenarbeit mit den Familien und die Einbindung der Eltern über den reinen Betreuungsauftrag hinaus konnte trotz der Herausforderungen

durch die Corona-Pandemie in den Einrichtungen ermöglicht und intensiviert werden. Durch das Bundesprogramm wurde zudem das Erreichen der Schulfähigkeit erleichtert.

Die sprachliche Förderung der Kinder gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Kindertageseinrichtung und verlangt Sicherheit und Kontinuität durch das pädagogische Personal. Sprachkenntnisse und deren Vermittlung sind Voraussetzung für eine bestmögliche Teilhabe an den Kita-Angeboten, für die weitere Bildungskarriere und folglich für eine gelungene Integration.

Seit 2020 wurde die alltagsintegrierte Bildung in den vier städtischen Sprach-Kitas konzeptionell weiter verankert und weiterentwickelt. Die Mitarbeiter/innen haben in dieser Zeit das eigene Sprachverhalten reflektiert, welches dann die Grundlage für weitere Sprachangebote insbesondere auch für die Vorschüler bot.

Die Digitalisierung der Sprach-Kitas war zudem seit 2020 ein wichtiger Bestandteil der Arbeit in den Einrichtungen. Es wurden unterschiedliche Medien wie beispielsweise Tonieboxen, Tiptoi Stifte, Digitalkameras und Bücher angeschafft, welche im Kitaalltag zur Verfügung stehen. Somit können die Kinder entsprechend dem kindlichen Spielbedürfnis an neue Themen spielerisch herangeführt werden und den Wortschatz erweitern.

2.) Personelle und finanzielle Auswirkungen

Das Bundesprogramm läuft zum 31.12.2022 aus. Als Grund teilt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit, dass Förderprogramme des Bundes immer befristet sind. Zudem liegt die Zuständigkeit im Bereich der Kindertagesbetreuung und frühkindlichen Bildung in föderalen System bei den Ländern.

Eine mögliche sechsmonatige Übergangszeit, bis die Mittel des Kita-Qualitätsgesetz in Anspruch genommen werden können, wird derzeit noch verhandelt. Nach Aussage des Bundes würden ab diesem Zeitpunkt dann den Ländern dafür zusätzliche Mittel zur Verfügung stehen.

Das Bundeskabinett hat am 24. August 2022 den Gesetzentwurf für das KiTa-Qualitätsgesetz beschlossen. Mit dem Gesetz soll die Qualität in der Kindertagesbetreuung deutschlandweit weiterentwickelt und ein wichtiger Auftrag aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt werden. Der Entwurf des KiTa-Qualitätsgesetzes sieht vor, dass die Länder überwiegend (über 50 Prozent der Mittel) in sieben vorrangige Handlungsfelder investieren sollen. Dabei soll auch in die sprachliche Bildung investiert werden, um der

besonderen Bedeutung der sprachlichen Entwicklung von Kindern Rechnung zu tragen.

3.) Umsetzung

Damit auch die alltagsintegrierte Arbeit in diesen vier Sprach-Kitas ab dem 01.01.2023 weiterhin gewährleistet werden kann und die mittlerweile sehr gut ausgebildeten Sprach-Kita-Kräfte an die Einrichtungen weiterhin gebunden werden können, sollen diese zumindest für das Kalenderjahr 2023 mit einem Beschäftigungsumfang von jeweils 50% weiterbeschäftigt werden.

Die Arbeitgeberkosten liegen je nach Erfahrungsstufe der pädagogischen Fachkraft bei etwa 34.000,00 EUR. Dies entspricht einer Gesamtsumme von 136.000,00 € für das Haushaltsjahr 2023.

Durch die Beendigung des Bundesprogramms zum 31.12.2022 fallen die bisher jährlichen Zuschüsse in Höhe von 100.000,00 € weg. Diese Zuschusssumme wird im Jahr 2023 von der Stadt Backnang finanziert, sofern es keine weiteren Bundeszuschüsse gibt.

Stadtrat Degler merkt an, dass es nicht die Aufgabe des Staates sei, alles dafür zu geben, damit Menschen die Sprache erlernen. Er spricht sich gegen den Beschluss aus.

Stadträtin Kutteroff merkt an, dass die Sprachförderung in allen Kindergärten umgesetzt werden sollte. In diesem Bereich müsse viel mehr gemacht werden.

Stadtrat Franke merkt an, dass der Vorschlag der Verwaltung der richtige Weg sei. In den Kitas müsse bereits deutsch beigebracht werden, da es im späteren Alter viel schwieriger werde. Der Antrag sei zu unterstützen.

Stadtrat Gül teilt mit, dass Integration nur über die Sprache funktioniere. Die Kosten seien gut investiert. Er möchte wissen, warum diese vier Kitas einen so hohen Migrationsanteil haben. Er ergänzt, dass teils auch deutsche Kinder eine Sprachförderung benötigen.

Der Gemeinderat

beschließt

mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen entsprechend der Empfehlung des Jugend- und Sozialausschusses vom 24.11.2022:

1. Der Verlängerung des Programms „Sprach-Kita“ in den vier Kindertageseinrichtungen

- Heiningen Weg

- Im Biegel
- Lindenstraße
- Ob der Ekerts Klinge

wird für das Kalenderjahr 2023 zugestimmt. Die aktuell noch unklaren Zuschussmodalitäten werden zur Kenntnis genommen.

2. Die bisher jährlichen Zuschüsse des Bundesprogramms in Höhe von 100.000,00 € werden im Jahr 2023 von der Stadt Backnang finanziert, sofern es keine weiteren Bundeszuschüsse gibt.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 15. Dezember 2022 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 25 Stadträte; Normalzahl 26
--	---

§ 134

Annahme von Zuwendungen

Der Vorsitzende teilt mit, dass man gerne auf einen Sachvortrag verzichten wolle. Er verweist auf die Sitzungsvorlage:

Die von der Stadt gemäß § 78 Abs. 4 der Gemeindeordnung entgegengenommenen Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen werden zur Annahme vorgelegt.

Die anbei aufgelisteten Zuwendungsangebote (Anlage 1) wurden vorbehaltlich der Zustimmung des Gemeinderats entgegengenommen. Ihrem Zuwendungszweck entsprechend sollen alle Zuwendungen für gemeinnützige Zwecke verwendet werden. Die Verwaltung schlägt vor, der Annahme aller in der beigeführten Liste (Anlage 1) aufgeführten entgegengenommenen Zuwendungen für den jeweils angegebenen Zuwendungszweck zuzustimmen.

Das Gremium zeigt sich einverstanden.

Der Gemeinderat

beschließt

einstimmig:

Die entgegengenommenen Zuwendungsangebote der anbei aufgelisteten Zuwendungsgeber (Anlage 1) werden für die angegebenen Zuwendungszwecke angenommen.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 15. Dezember 2022 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 25 Stadträte; Normalzahl 26
--	---

§ 135

Neubau Stadtbrücke – Vergabe der bahnspezifischen Leistungen Zustimmung zu einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in 2022 Zustimmung zu einer überplanmäßigen Auszahlung für das Haushaltsjahr 2023

Baudezernent Setzer stellt den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage vor:

Die Bauleistungen für die Herstellung der neuen Stadtbrücke wurden bereits im Juli termingerecht beauftragt, die Vergabe wurde in der Sitzung am 21.07.2022 bekannt gegeben.

Bevor die eigentliche Brücke gebaut werden kann, sind umfangreiche Umbauarbeiten an den Bahnanlagen der Deutschen Bahn AG, insbesondere im Bereich Oberleitung (OLA), Leit- und Sicherungstechnik (LST) sowie an den elektrischen Energieanlagen (EEA) erforderlich. Da die Stadt Backnang Auslöser dieser Veränderungen ist, sind diese Arbeiten auch von der Stadt Backnang zu planen, zu koordinieren und zu finanzieren.

Die für diese Arbeiten notwendigen Sperrpausen wurden bereits zwei Jahre im Voraus beantragt und sind mit Beginn der Arbeiten ab 07. Januar 2023 bis zur Gesamtfertigstellung des Projektes mit dem Abbruch des alten Stegs im Herbst über das ganze Jahr 2023 hinweg eingetaktet und von der Baubetriebsplanung der Deutschen Bahn AG genehmigt.

In den Kostenschätzungen der mit der Planung und Ausschreibung der bahnspezifischen Gewerke betrauten Ingenieurgesellschaft wurde Stand 2020 von Kosten für diese Gewerke in Höhe von insgesamt rund 600.000 EUR inkl. Vorsteuerabzug (27%) ausgegangen.

Darin enthalten ist auch der grundlegend notwendige Umbau der Oberleitung, um den heute noch auf dem Baufeld des geplanten neuen Zentralen Omnibusbahnhofs stehenden Oberleitungsmast durch Umbau der Oberleitung mit geänderter Aufhängung entfernen zu können.

Aufgrund der besonderen Marktsituation für bahnspezifische Bauleistungen sowie offenbar zahlreicher anderer Bahnbaumaßnahmen (vor allem S 21) blieb die Vergabe trotz intensiver Begleitung des Verfahrens erfolglos.

Deshalb waren in der Folge potentielle Bieter direkt anzusprechen und Angebote einzuholen.

Mit den nun vorliegenden Angeboten musste von Seiten der Stadtverwaltung festgestellt werden, dass das Preisniveau für bahnspezifische Bauleistungen mit Kosten für OLA, LST und EEA mit inzwischen rund 1 Mio. EUR – und damit inkl. Vorsteuerabzug um rund 400.000 EUR deutlich höher liegen, als ursprünglich vom Planungsbüro ermittelt.

Dazu kommen im Vorhinein in dem jetzigen Umfang nicht erkennbare, jedoch von Seiten der Bahn vorgeschriebene Leistungen wie Bauüberwacher Bahn für Konstruktiven Ingenieurbau (BÜB-KIB), bahnzertifizierter Sicherheits- und GesundheitsKoordinator (SiGeKo) Bauüberwacher Bahn (BÜB) für OLA, LST sowie EEA, Bauvorlageberechtigte (BVB) sowie örtliche Sicherheitsposten (SiPo) für jedes Gewerk. Die Kosten für diese Leistungen summieren sich zwischenzeitlich von ursprünglich vorgesehenen rund 200.000 EUR auf Stand heute anzusetzende rund 465.000 EUR inkl. Vorsteuerabzug.

Aus den um rund 400.000 EUR höheren Preisen für die bahnspezifischen Gewerke, sowie den rund 265.000 EUR höheren Kosten für Bauüberwacher Bahn und Sicherheitsposten ergeben sich inkl. Vorsteuerabzug aktuell für die Maßnahme um rund 665.000 EUR höhere Kosten.

Mit den für die Vergabe der bahnspezifischen Leistungen zu erwartenden weiteren Mehraufwendungen in Höhe von aktuell rund 665.000 EUR ist von Stand heute für das Projekt zu erwartenden Gesamtbaukosten in Höhe von rund 7 Mio. EUR (inkl. Vorsteuerabzug) auszugehen.

Die Maßnahme wird über Sanierungsmittel von voraussichtlich 1,95 Mio. € und einem LGVFG-Zuschuss von 844.000 € gefördert. Im Rahmen der Fortschreibung der Kosten- und Finanzierungsübersicht für das Sanierungsgebiet Innenstadt III werden im kommenden Jahr die Mehrkosten nachgemeldet. Im optimalen Fall würden sie mit 60 % gefördert werden. Unter Berücksichtigung einer Mittelaufstockung über das Sanierungsprogramm liegt der städtische Eigenanteil an den Investitionskosten bei voraussichtlich etwa 3,8 Mio. €.

Damit die Umbauarbeiten der bahnspezifischen Gewerke entsprechend zeitgerecht im Rahmen der verfügbaren Sperrpausen am 07. Januar 2023 beginnen können, sind die Aufträge kurzfristig zu erteilen. Da die in 2022 verfügbaren Mittel jedoch im Rahmen der Vergabe der Arbeiten für den Neubau der Brücke weitgehend ausgeschöpft wurden und die

Mehraufwendungen nicht mehr abgedeckt werden können, ist zur Vergabe der bahnspezifischen Leistungen zunächst in 2022 noch eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung erforderlich. Die dafür notwendige Deckung in Höhe von 665.000 EUR ist über die Verpflichtungsermächtigung beim PSK Gemeinschaftsschule Mörike, 21101001.78710070.001 sichergestellt.

Um über die Mittel für die überplanmäßige Auszahlung im Jahr 2023 verfügen zu können, wird vorgeschlagen, hierfür im Vorgriff auf den Haushaltsplan 2023 Deckung über die eingestellte Deckungsreserve beim PSK 61200000.44980000 in entsprechender Höhe vorzusehen.

Stadtrat Härtner teilt mit, dass die Stadtbrücke von elementarer Bedeutung sei. Es sei traurig, dass man an dieser Stelle schlichtweg erpresst werde. Er plädiert dafür in den sauren Apfel zu beißen.

Stadträtin Dr. Ulfert merkt an, dass man keine Alternative habe. Es sei an der Zeit, dass sich an dieser Stelle etwas entwickle.

Der Gemeinderat

beschließt

einstimmig bei 1 Enthaltung:

1. Einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung beim PSK Stadtbrücke, 51100900.78720020.014 in Höhe von 665.000,-- EUR wird zugestimmt.

Deckung ist über die Verpflichtungsermächtigung beim PSK Gemeinschaftsschule Mörike, 21101001.78710070.001 sichergestellt.

2. Im Vorgriff auf den Haushaltsplan 2023 wird der überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 665.000,-- EUR beim PSK Stadtbrücke 51100900.78720020.014 zugestimmt.

Die Deckung erfolgt über die eingestellte Deckungsreserve beim PSK 61200000.44980000 in entsprechender Höhe.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 15. Dezember 2022 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 25 Stadträte; Normalzahl 26
--	---

§ 136

Anträge der Fraktionen/Stadträte

Der Vorsitzende verliest den Antrag der CIB-Fraktion vom 12. Dezember 2022:

„Im Rahmen der Neugliederung wird das Schulamt aus dem Amt 50 ausgegliedert und als eigenständiges Amt unter dem/ der neuen Kinder- Kultur und Sozialdezernent/in geführt.

Begründung:

- In Backnang als Schulstadt hat die Schule innerhalb der Verwaltung eine der höchsten Prioritäten. Dies rechtfertigt ein eigenständiges Amt.
- Schule und Kindertagesstätten sind gleich wichtig. Das soll sich auch innerhalb der Hierarchie zeigen, indem nicht die Schule den Kindertagesstätten untergeordnet ist.
- Das Amt 50 ist nach der Zahl der Mitarbeiter bei weitem das größte Amt der Stadt. Das erhöht die Gefahr, dass es unübersichtlich und schwer zu führen ist. Dem kann ein selbstständig geführtes Schulamt entgegenwirken.

Kosten: Da die Arbeit durch die Ausgliederung nicht mehr wird und keine zusätzliche Hierarchieebene entsteht, müsste sie kostenneutral sein.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Antrag eingebracht sei und zu gegebener Zeit beantwortet werde.

Stadtrat Dr. Schweizer zeigt sich damit einverstanden.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 15. Dezember 2022 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 25 Stadträte; Normalzahl 26
--	---

§ 137

Bekanntgaben

Förderprogramm Kultusministerium BW „Sanierungsprogramm“

Erster Bürgermeister Janocha berichtet, dass man Zuschüsse für Schulsanierungsprojekte angekündigt bekommen habe. Er zählt die Schulen sowie die Zuschüsse auf, welche man erhalten werde.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 15. Dezember 2022 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 25 Stadträte; Normalzahl 26
--	---

§ 138

Anfragen

Stadträtin Sturm merkt an, dass bei den Namensschildern der Amtsleiter und Dezernenten immer der Name der jeweiligen Personen angegeben sei. Beim Protokollanten sei dies nicht der Fall. Sie schlägt vor, dies ebenfalls anzupassen.

Der Vorsitzende merkt an, dass dieser Vorschlag gerne aufgenommen werden könne.

Stadtrat Bauer berichtet, dass sich der Jagdpächter gemeldet habe, da seine Jagdkanzeln regelmäßig angezündet werden. Er erhalte keine Unterstützung. Man müsse diesem Herrn untern die Arme greifen.

Frau Blumer erläutert, dass das Rechts- und Ordnungsamt nicht für die Jagdausübung zuständig sei. Der Betroffene müsse Strafanzeige stellen. Hierfür sei die Staatsanwaltschaft zuständig. Ebenfalls eine Bewachung der Kanzeln sei nicht möglich. Sie regt an, dass sich der Betroffene bei der Jagdbehörde melden solle.

Stadtrat Bauer ergänzt, dass der Pächter die Pacht kündige, sofern sich nichts ändere.

Erster Bürgermeister Janocha antwortet, dass die Stelle dann neu ausgeschrieben werden müsse.

Herr Zipf erläutert, dass die Pacht befristet vergeben wurde. Man habe ein großes Interesse daran, dass der Pächter seiner Tätigkeit nachkommen könne. Die Hochsitze seien nicht das Eigentum der Stadt, weshalb sich der Pächter an die Polizei wenden müsse. Der Pächter könne gerne mit der Verwaltung in Kontakt treten, um das Vorgehen zu besprechen.

Stadtrat Dyken möchte wissen, ob die Termine für Sitzungen ebenfalls auf der Homepage ausgewiesen werden.

Herr Mäule weist darauf hin, dass dies bereits der Fall sei.

Stadtrat Hettich ergänzt, dass dies auch auf Social Media veröffentlicht werden solle.

Der Vorsitzende teilt mit, dass gerne eine Veröffentlichung auf Instagram und Facebook stattfinden könne.

Stadträtin Ribbeck verweist auf ein Haus nahe der AOK, welcher seit langer Zeit leer stehe und in welchem nun Tauben nisten würden.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man im Nachgang an die Sitzung nochmals auf Stadträtin Ribbeck zukommen werde, um den Standort zu besprechen.